

Wiesbadener Bürger-Zeitung

Auflage 3000.

Organ des Haus- und Grundbesitzer-Vereins E. V. zu Wiesbaden.

Auflage 3000.

Zeitschrift für den Haus- und Grundbesitz, Bauwesen und städtische Angelegenheiten

Fernsprecher 439 u. 6282. Geschäftsstelle: Luisenstraße 19.

Nr. 36.

Wiesbaden, den 2. März 1914.

9. Jahrgang.



Karl Blumer & Sohn

Dotzheimerstr. 61

Wiesbaden

Fernsprecher 113

Dampfschreinerei und Holzbearbeitungs-Fabrik

Gegründet 1867.

empfiehlt sich in

Gegründet 1867.

Rollladen und Zugalousien

sowie

Reparaturen

Schreinerarbeiten aller Art

Aufpolieren von Möbeln

Abziehen von Parquet

bei prompter, sorgfältiger, preiswerter Beblienung.

Reserviert
für die Wiesbadener
Wach- u. Schließgesellschaft
Inhaber: Karl Ganzert,
Schwalbacherstr. 2.
Telephon No. 3154.

Sie finden stets nach Wunsch

in meinem reichhaltigen Lagervorrat: einfache, doch solid gebaute, moderne

Irische Dauerbrand-Oefen

für kleine Zimmer von Mk. 8.— an

Amerik. Dauerbrand-Oefen

sehr gefällige Formen von Mk. 34.— an

grössere und elegantere Ausführungen entsprechend höher.

August Christmann, **Spezial-Geschäft**
der Ofen- und Herd-Branche.

Bertramstrasse 25. — Telephon 6541.

„Riessner“ Oefen, so lange Vorrat reicht, 15 Prozent Rabatt.

MARMOR-INDUSTRIE WIESBADEN

DOTZHEIMERSTR. 75 THEODOR GROSS FERNSPRECHER 4755

Anfertigung und Lieferung aller
Marmor- u. Granitarbeiten für das

Bau-, Möbel- und Kunstgewerbe

Spezial-Werkstätte für alle ein-
schlägigen Reparaturen

Wilh. Gerhardt

WIESBADEN

5 Mauritiusstrasse 5

Telefon 598

Spezialhaus

für

Tapeten

Linoleum

Wandstoffe

Linkrusta

Cocosmatten

Auswahisendungen
stehen gerne zur Ver-
fügung.

Lokales und Kommunales.

Neubau des königlichen Realgymnasiums.

Die Wahl des Baugeländes für den Neubau des königl. Realgymnasiums bereitet große Schwierigkeiten. Der Magistrat hatte der Stadtverordnetenversammlung 7 geeignete Grundstücke zur Auswahl empfohlen, von denen er den Platz am Rondell als den geeignetsten hielt. Der mit der Prüfung beauftragte Bauauschuß der Stadtverordnetenversammlung hielt von den verschiedenen Geländen nur diejenigen am Rondell und an der Beethovenstraße für geeignet. Warum der Platz an der Rheinbahnstraße, welcher günstig zentral und ruhig gelegen ist, sobald ausgeschlossen wurde, erscheint noch ungenügend klargestellt, oder sollte die Preisfrage des Geländes auch hier allein entscheidend gewesen sein? Der Antrag Hessemer, welcher dahin ging, die sämtlichen vorgeschlagenen Plätze für ungeeignet zu erklären, fand bekanntlich die Mehrheit der Stimmen in der Stadtverordnetenversammlung. Wenn auch zu bedauern ist, daß der Platz am Rondell, der zweifellos der günstigste ist, durch diesen Antrag zu Fall kam, so ist wenigstens der Weg unversperrt einen geeigneteren Platz zu wählen, als den an der Beethovenstraße. Dieser hinter einem Villengelände weit von dem Mittelpunkt der Stadt auf einer Höhe befindlichen Bauplatz ist für einen Neubau des Realgymnasiums nicht der rechte Platz. Das große Gebäude paßt nicht neben das dort vorhandene in absehbarer Zeit wohl zu vergrößernde St. Josef's Hospital. Außer dem Direktor der Anstalt wäre den Lehrern und Schülern bei der Auswahl dieses Platzes kein Gefallen getan. Die erforderlichen Bedingungen, ruhige Lage und gute Luft lassen sich auch an ungleich vielen anderen Plätzen unserer Stadt erreichen. Ein neuer Vorschlag, der dahin geht, das Realgymnasium auf dem Exerzierplatzgelände in der Nähe des Germaniaplatzes an dem dort anzulegenden Nassauer Ring zu erbauen, halten wir für besonders beachtenswert. Die dortige Baustelle wäre gesundheitlich hervorragend zwischen den zwei stark bevölkerten, geschlossen gebauten Stadtteilen gelegen. Dort soll auch ein großer Spiel- und Sportplatz von der Bebauung ausgeschlossen werden, welcher dann der Anstalt sehr zum Vorteil wäre. Da das Gelände in fiskalischen Händen ist, sollte die Auswahl nicht allzu schwer fallen und nicht zu sehr hinausgeschoben werden, damit der langersehnte Neubau des königl. Realgymnasiums in absehbarer Zeit vorgenommen und zum Wohl von Lehrern und Schülern, überhaupt unserer ganzen Stadt in einwandfreier Lage bald erstehen kann.

Die Notlage des städtischen Grundbesitzes.

Vom Hansa-Bund wird uns geschrieben:

Seit einigen Jahren befindet sich der gesamte Grundbesitz- und Baumarkt Deutschlands in einer überaus schwierigen Lage. Seit 1910 ist der freiwillige Besitzwechsel an Grundstücken und Terrains sehr stark zurückgegangen, während die Zahl der Zwangsversteigerungen erheblich answoll. Im Jahre 1910 wurden in Berlin noch 660 bebaut und 173 unbebaute Grundstücke im Gesamtwert von 316 Millionen umgesetzt; im Jahre 1912 waren es nur noch 384 bebaut und 136 unbebaute Grundstücke im Gesamtwert von 219 Millionen Mark und im Jahre 1913 betrug die entsprechenden Ziffern bis September 266 und 61 bei einem Wert von 112 Millionen Mark. Demgegenüber waren die Ziffern der Zwangs-

versteigerungen in Groß-Berlin 177 im Jahre 1910 und bereits 287 bis September 1913. Diese Angaben charakterisieren den Ernst der Lage. Alle Kreise des gewerblichen Lebens werden hiervon betroffen, nicht nur die Bauhandwerker, wie Maurer, Schlosser, Zimmerleute, Tischler usw., sondern auch die Kreise der Fabrikation bis in die Großindustrie und die Ziegeleien hinein; abgesehen davon, daß der reelle Grundstücksandel brach liegt. Diese krisenhaften Zustände erfordern besondere Beachtung. Wenn man die allgemeine schwankende Konjunktur mit in Rechnung zieht, so bleiben immer noch zwei besondere Gründe, welche als Ursachen in Betracht kommen, und hier muß im Interesse aller betroffenen Kreise energisch und alsbald eingegriffen werden.

Zunächst sind es die immer steigenden Lasten und Steuern, die auf dem Grundbesitz liegen.

Von denjenigen Abgaben, die den Umsatz belasten, sei der Umsatzstempel erwähnt, den das Reich mit 2½ Prozent, der Staat (Preußen) mit 1 Prozent, die Gemeinden mit 1 Prozent, und soweit die Gemeinden nicht aus den Kreisen ausgeschlossen sind, auch der Kreis mit ½—1 Prozent erhebt. Die baren Auslagen beim Umsatz belaufen sich daher bereits schon jetzt auf 4—5 Prozent des gemeinen Werts. Schwere Härten bringt das Zwangsversteigerungsgesetz beim Erwerb eines Grundstückes in der Zwangsversteigerung durch einen Hypothekengläubiger mit sich. Die Gesellschaften m. b. H., die öfter von Bauhandwerkern und Lieferanten gebildet werden, um einen notleidend gewordenen Bau zu retten oder fortzuführen, sind mit 1 Prozent des Kapitals als Stempelsteuer belegt. Die überaus harte Wertzuwachssteuer hatte durch besonders rigorose Bestimmungen den Umsatz stark beschränkt. Es ist zu befürchten, daß die Kommunen, nachdem die staatliche Steuer auch auf die Agitation des Hansa-Bundes hin aufgehoben wurde, nun ihrerseits die Schraube weiter anziehen.

Unter den dauernden, steigenden Lasten ist neben den allgemeinen Beiträgen, die seit Jahren erhöht worden sind, die Grund- und Gebäudesteuern zu erwähnen, die bei unbauten Grundstücken bis zu 7 v. 1000 des gemeinen Werts beträgt. Dazu kommt, daß diese Grundstücke doch an sich in den meisten Fällen ertragslos sind und noch Verzinsungen erfordern.

Auf der anderen Seite bestehen gewisse Gesetzesbestimmungen, die vor allem den Hypothekenbesitz schädigen und gefährden, so hinsichtlich der Abtretbarkeit der Mietsforderungen gemäß der §§ 1123 und 1124 B. G.-B., des § 57 des Zwangsversteigerungsgesetzes in Verbindung mit dem § 573 B. G.-B. Auch die Bestimmungen über die Sicherheitshypothek nach § 648 B. G.-B. bedarf der Reform. Hand in Hand mit diesen Fragen muß aber überhaupt diejenige der Ausleitung zweiter Hypotheken durch Staat und Kommunen behandelt werden. Was die Beschaffung erster Hypotheken angeht, so ist zu prüfen, ob es sich nicht empfiehlt, amortisierbare unkündbare Hypotheken zu schaffen. Ferner ist eine weitere Fülle von Fragen zu lösen, so insbesondere auch solche auf dem Gebiete des Konfiskationsrechts, um den schwierigen Zuständen im städtischen Grund- und Gebäudeverkehr abzuhelfen. Dabei ist ferner zu bedenken, daß im letzten Jahr allein in Groß-Berlin 60 000 Wohnungen leerstanden haben, im Gesamtbetrage von 30 Millionen Mark.

Die Leitung des Hansa-Bundes hat, zahlreich an sie ergangenen Anregungen folgend, beschlossen, die

Waschkessel, transportabel und zum Einmauern, **- Wasserschiffe.** sowie deren Reparaturen. ::

Größtes Lager am Platze.

Telefon 52.

Kupferschmiederei. P. J. FLIEGEN. = Verzinnerei. =

Fragen des städtischen Haus- und Grundbesitzes besonders ins Auge zu fassen und eine Aufklärungsaktion zugunsten dieser bedrängten Kreise einzuleiten. Zu diesem Zwecke wird demnächst eine Konferenz von Sachverständigen der Praxis im Hansa-Bund zusammenzutreten.

Recht der Teilnahme an den Stadtverordnetenversammlungen bei Interessentkollision.

Ueber dieses Thema macht in Nr. 2 der „Deutschen Juristen-Zeitung“ vom 15. Januar d. J. Oberbürgermeister a. D. Geh. Reg.-Rat Büchtemann folgende interessante Ausführungen:

Kürzlich ist anlässlich der Subvention politischer Zeitungen in einer rheinischen Großstadt aufs neue die Frage aufgetaucht, ob ein Beschluss einer Stadtverordneten-Versammlung gültig ist, wenn ein Stadtverordneter daran teilgenommen hat, der ein Interesse zur Sache hat. Die Entscheidung der Frage liegt rechtlich nicht so einfach, wie es scheint. In den Städteordnungen für die 6 östlichen Provinzen, für Westfalen, für die Rheinprovinz, für die Stadt Frankfurt und für den Regierungsbezirk Wiesbaden heißt es übereinstimmend:

„An Verhandlungen über Rechte und Pflichten der Stadtgemeinde darf derjenige nicht teilnehmen, dessen Interesse mit dem der Stadtgemeinde in Widerspruch steht.“

Wenig Worte, viel Zweifel! Was heißt erstlich „an den Verhandlungen teilnehmen“? Was bedeutet zweitens „Rechte und Pflichten der Stadtgemeinde“? Und was ist drittens ein „Interesse, das mit dem der Stadtgemeinde in Widerspruch steht“? Die meisten Zweifel sind freilich heute durch Praxis und Theorie behoben. Eine erschöpfende juristische Behandlung hat die Frage in einer Denkschrift gefunden, die der jetzige Oberbürgermeister von Düsseldorf, Dr. Dehler, 1896, als er noch Stadtrat in Magdeburg war, verfaßt hat.

Übereinstimmend herrscht jetzt zunächst darüber, daß das Verbot der Teilnahme an den Verhandlungen sich nicht nur auf die Beratung und Beschlussfassung im Plenum, sondern auch auf die Verhandlungen in den Deputationen, Kommissionen und Ausschüssen erstreckt. Auch die Anwesenheit des Interessierten ist verboten. Wer anwesend ist, nimmt teil.

Es ist zweitens nicht mehr strittig, daß aus den Worten „Rechte und Pflichten der Stadtgemeinde“ zwingend folgt, daß es sich auch für den Interessierten um Rechte und rechtliche Verpflichtungen handeln muß. Andererseits ist darunter das gesamte Gebiet der Rechte und Pflichten begriffen, gleichgültig, ob persönliche oder dingliche Vermögensrechte oder andere Rechte dadurch berührt werden. Die Ausschließung des Stadtverordneten ist nicht etwa auf den Abschluss von Verträgen zwischen ihm und der Stadtgemeinde beschränkt. Die Rechte und Verpflichtungen der letzteren beruhen nicht nur auf privatrechtlichen Verträgen, sondern sogar in viel größerem Umfange auf gesetzlichen Bestimmungen, oft auch auf Anordnungen der Aufsichtsbehörden. Diese öffentlich-rechtlichen Pflichten und Rechte der Stadtgemeinde widersprechen erfahrungsgemäß den Interessen der einzelnen am meisten. Immer ist aber Voraussetzung des Verbots der Teilnahme an den Verhandlungen, daß es sich um Rechte und Pflichten der Stadt und um ein rechtliches Interesse der Stadtverordneten handelt. Bei allen Wahlen liegt das nicht vor. Ein anderer Fall: Wenn eine Straße neu gepflastert oder asphaltiert werden soll, stehen Rechte und Pflichten der Stadtgemeinde nicht zur Verhandlung. Es kann also

ein Stadtverordneter mitstimmen, der als Grundstücks- oder Hausbesitzer Anlieger der Straße ist, auch wenn er vielleicht Vorteil für sein Grundstück hat. Oft kommt freilich zu solchem faktischen Interesse ein rechtliches hinzu. Ein solches ist z. B. anzunehmen, wenn bei Festsetzung eines Bebauungsplanes ein Grundstück des Stadtverordneten hart betroffen wird und eine Schadenersatzpflicht der Stadt entstehen kann. Der Stadtverordnete darf also in einem solchen Falle an den Verhandlungen nicht teilnehmen.

Ich komme nun zu dem dritten Punkt, dem widersprechenden Interesse. Der Stadtverordnete muß ein persönliches Interesse haben. Dem eigenen stehen die Fälle gleich, in denen er einen anderen Interessierten auf Grund einer erteilten Vollmacht, oder als Vormund sein Mündel, oder als Ehemann kraft seines Verwaltungsrechts seine Ehefrau, oder als Vater kraft seiner elterlichen Gewalt sein Kind vertritt. Der Vertreter nimmt in allen diesen Fällen die Rechte des Vertretenen wie eigene wahr. Dieser Gesichtspunkt gilt auch für die Mitglieder des Vorstandes einer Korporation, namentlich auch für die Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder einer Aktiengesellschaft. Auf der anderen Seite wird widerspruchlos angenommen, daß die Mitglieder einer öffentlich-rechtlichen Korporation, wie einer Gemeinde, eines Kreises oder einer Kirchengemeinde, kein persönliches Interesse bei den Verhandlungen über Rechte und Pflichten der Stadtgemeinde vertreten, also an ihnen teilnehmen dürfen. Allgemein gilt jetzt auch die Auffassung, daß die Mitglieder einer privatrechtlichen juristischen Person, wie die Aktionäre einer Aktiengesellschaft und die Gesellschafter einer Gesellschaft mit beschränkter Haftpflicht ebenso zu behandeln sind. Lange genug war es zweifelhaft. Die Magdeburger Stadtverordneten haben es noch 1896 bei Beratung der Dehlerschen Denkschrift abgelehnt, in dieser Frage für die „Erwerbsgesellschaften“ Stellung zu nehmen, weil sie sehr umstritten sei. Am letzten Ende ist sie ja auch nicht durch Beschluss der verfassungsmäßigen Organe der Stadtgemeinde, sondern im Verwaltungsstreitverfahren zu erledigen.

Das Interesse des Stadtverordneten muß ferner ein individuelles sein, d. h. er muß es nicht mit einer Gruppe von Einwohnern teilen. Solche gemeinschaftlichen Interessen einer Gruppe kommen namentlich bei Steuerfragen vor. Wollte man das Gegenteil annehmen, so würden die Bestimmungen der Städteordnungen über die Vertretung des Hausbesitzes in den Stadtverordneten-Versammlungen eine Beschlussfassung über die Frage der Besteuerung des Hausbesitzes erschweren, in einzelnen Fällen sogar unmöglich machen.

Selbstverständlich ist, daß der Widerspruch der Interessen der Stadt und des Stadtverordneten in

(Fortsetzung auf der nächsten Seite.)

Dachpappedächer

werden gedeckt, ausgebeffert und geteert.

Peter Debus, Blücherstr. 14^{II}.

Schuhhaus Ernst Marktstrasse 23 - Fernsprecher 3955
Altbekanntes Kaufhaus für wirklich solide SCHUHWAREN :::

dem betreffenden Falle nicht wirklich vorliegen muß. Es genügt, daß er abstrakt vorliegen kann.

Aus dem Vorstehenden ergibt sich die Schlussfolgerung, daß ein Stadtverordnetenbeschuß ungültig ist, wenn ein Stadtverordneter bei den Erörterungen darüber anwesend gewesen ist, dessen rechthches, persönliches und individuelles Interesse mit dem der Stadt in Widerspruch geraten kann. Die Fülle der vorkommenden Einzelfälle ist unererschöpflich. Aus der Fassung der gesetzlichen Bestimmungen darüber ist eine absolute Entscheidung für jeden nicht zu treffen. Deshalb sagt auch unser Altmeister auf kommunalem Gebiete, der Oberbürgermeister Dertel, in seinem Kommentar zur Städteordnung mit Recht:

„Das natürliche Anstandsgefühl wird den einzelnen abhalten, gegen den Sinn der Vorschrift zu handeln.“

Rezensionen.

Königliches Theater.

„Der verwandelte Komödiant“. Ein Spiel aus dem deutschen Hofstoß in einem Aufzuge von Stephan Zweig. Hierauf: „Der Diener zweier Herren“. Lustspiel von Carlo Goldoni.

„Der verwandelte Komödiant“ ist ein kraftvolles, kleines Werk, das von einem wahren Dichter mit besonderer Liebe erschaffen scheint. Es zeigt das Erwachen einer Künstlerseele zum vollen Bewußtsein ihres Wertes, ihrer Aufgabe und ihrer Ziele — es spricht davon, daß diese Künstlerseele das Publikum erringen will, diese große, noch ruhig zurückhaltende Menge, die mit ihrer Ruhe aufreizend wirkt, und die — mit Geduld erobert sein will. In einem impulsiven Appell an das Publikum löst sich diese ganze Spannung in sprühender, hinreißender Weise, und die Begriffe scheinen sich dabei weit über die gezogenen Grenzen „Schauspieler und Publikum“ hinauszudehnen, zur großen Allgemeinheit „Kunst und Menschheit“. Eine feine Parallele auf dem Gebiet der Liebe läuft nebenher. — Auch hier der Reiz der Zurückhaltung, auch hier das langsame Erobern, mit — Geduld erobern — gerade wie in der Kunst. Herr Albert gab als Komödiant Großes. Das erwachende Künstlerbewußtsein zeigte sich in prächtiger Weise, gewaltig an-schwellend bis zum stärksten Ausbruch der Begeisterung. Frau Bayrhammer war eine schöne Gräfin, mit einem feinen Reiz von Weltmüdigkeit und daneben einem Reiz von Lebensfreude, der nur hin und wieder aufblühte. Das Werkchen steckte in dem sinnfälligen Rahmen der Hofstoßzeit und lieferte ein poetisches Bühnenbild.

Dem Stückchen folgte Goldonis Lustspiel „Der Diener zweier Herren“. Goldoni ist der fruchtbarste Lustspiel-dichter des 18. Jahrhunderts. Die Zahl seiner Lustspiele, die meistens das venezianische Leben zum Ausdruck bringen,

ist eine ungemein große, und die Lebensfähigkeit einzelner zieht sich bis in unsere Jetztzeit, auch auf musikalischem Gebiete durch Wolf-Ferrari, der drei der Goldonischen Komödien vertont hat. „Der Diener zweier Herren“ ist ein typisches Humorspiel alter Zeit, mit einer richtigen Hanswurstfigur und einer bunten, dick aufgetragenen Komik, das, wenn es sonst nicht erfährt werden kann, auf jeden Fall vom literarischen Standpunkte aus mit größtem Interesse begrüßt werden muß. Die kunstsinntige Regie des Herrn Legal brachte das charakteristische Gepräge des Stückes bis in die kleinsten Punkte. — Das Zusammenspiel war frisch und flott, wie jede Einzelleistung an sich. Den dicksten Humor hatte Herr Herrmann auszugeben, und er gab ihn mit einer urwüchsigen Drolligkeit und Dued-sitberigkeit, die ihresgleichen suchen kann. Die übrigen Rollen sind blässer gehalten und stellen keine höheren Forderungen. Die Balletteinlagen wirkten eigenartig hübsch — an und für sich, besonders aber in dieser Wiedergabe. E. P.

*

Zu Karneval tauchten stimmungsgemäß die lustigen Vagabunden „Robert und Bertram“ auf. Das Haus war dicht besetzt und folgte mit größtem Vergnügen dieser ewig-jungen, gesunden Posse. Herr Herrmann und Herr Andriano sprühten von Humor und Stimmung — und alle übrigen Darsteller taten das Ihrige an Fidelität und Frische, so daß ein vollendetes Ganzes entstehen mußte. Die szenische Ausschmückung muß prächtig genannt werden, und die Balletteinlagen waren originell und geschmackvoll. E. P.

Residenz-Theater.

„Der ungetreue Edehart“. Ein Schwank in drei Akten von Hans Sturm. Spielleitung Ernst Bertram. Nachdem in einem Faschings-Vorspiel Serenissimus — Josef Commer, Kindermann, — Willi Schäfer, gedichtet von unserem Meister im Humor, Julius Rosenthal, der Abend würdig eröffnet war, trat „Der ungetreue Edehart“ in die Szene. Ein interessantes Studium konnte man bei diesem Schwank machen, nämlich, daß es gar nicht so schwer ist, einen guten Schwank zu brauen. Wenn ein Mann und Künstler, wie Hans Sturm, der Gelegenheit hatte aus allen berühmten Schwänken sich eine geistige Schatzkammer anzulegen und von diesen wirkungsvollen Pointen hier und da einige gut zu verwenden, so muß mit einem solchen Potpourri der Dichter die Welt, die die Bretter bedeuten, in Sturm erobern. Das hat er ja auch getan. Nicht nur hier, sondern auch allerorts hat er mit dem zweiten Akt des Schwankes einen Lacherfolg allererster Güte erreicht. Selbst der etwas schwächere erste und dritte Akt können die günstige Aufnahme nicht abschwächen. Geht man dem inneren Wert des Schwankes auf den Grund, so haben wir einen lebenswichtigen Schwager, der bei einer Ebeirung sich in die Breche stellt, dann die plötzliche Erscheinung einer Arztin, weiter die bekannte Badewanne, und den

(Fortsetzung auf Seite 6 des Umschlages.)

Lindner's garant. reines, ungefärbtes Panier-Mehl

prämiert auf der Internationalen Kochkunst-Ausstellung, ist **einzig seiner Art**. Erhältlich in 1/4-, 1/2- und 1/-Pfd.-Packung, sowie lose, per Pfd. 32 Pfg. in allen einschlägigen Geschäften oder direkt von Alleinherstellung
Wiesbadener Brotfabrik C. Rückrich, Dotzheimer Strasse 126. — Telefon 2775.



August Rossel, Arch., Wiesbaden

Werkstätte für Grabmalkunst :: Viktoriastrasse 51

Lager: Haltestelle der elektr. Bahn Friedenstr. — Frankf. Str.

Grabmäler nach eigenen und gegebenen Entwürfen, sowie Werkstein-Arbeiten in jeder Steinart,

☞ Ausführung von Fassaden in Steinputz nach eigenem :: Verfahren, unter Garantie für Haltbarkeit ::

Ia. Referenzen über ausgeführte Grabdenkmäler und Fassaden. — Skizzen und Kostenanschläge kostenlos.

Wohnung:

Dotzheimerstrasse 73 — Telefon 2828

32% Rabatt

1 großer Posten eiserner Oefen, amerik ner und irisch. System, in schwarzer, vernickelter und email-lierter Auss attung mit 32% Rabatt auf Fabrik-preise zu verkaufen

Adam Schödel, Ofengroß-handlung
Frankfurt-Wiesbaden

Telefon 4265 Scharnhorststr. 16

Bezug: Die „Wiesbadener Bürgerzeitung“ erscheint wöchentlich Samstags und kostet durch die Post bezogen vierteljährl. 1 Mk.

Wiesbadener

Ausgaben kosten die vierspalt. Petitzeile 15 Pfg., im Restamteil 60 Pfg.; bei Wiederholungen entsprechenden Rabatt. — Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle und bei allen Annoncen-Büros.

Bürger-Zeitung

Organ des Haus- und Grundbesitzer-Vereins E. V. zu Wiesbaden

Sonderausgabe der „Deutschen Hausbesitzer-Zeitung.“

Nr. 9.

Wiesbaden, den 2. März 1914.

10. Jahrgang.

Der **Haus- und Grundbesitzer-Verein E. V., Wiesbaden**

Luisenstraße 19 — Fernsprecher 439 und 6282

dem der größte Teil der Hausbesitzer in Wiesbaden und Umgegend angehören, ist eine vorzügliche Einrichtung der Selbsthilfe. — Der Verein ist eine Vertrauensstelle der Haus- und Grundbesitzer.

Kein Hausbesitzer, der sich vor Schaden bewahren und seinen Besitz mit Erfolg schützen will, darf in der Mitgliedschaft des Vereins fehlen.

Sichern Sie sich im eigenen Interesse die von dem Haus- und Grundbesitzer-Verein gebotenen Vorteile!

Der jährliche Beitrag einschl. der Bürger-Zeitung beträgt 10 Mk. Das Eintrittsgeld beträgt 3 bzw. 5 Mk.

Inhalt: Amtliches. — Die Hausbesitzer und die wissenschaftliche Literatur zur Wohnungsfrage. — Groß-Berliner Wohnungsweisen. — Hausbesitz und Bodenreform in den Unterweserstädten. — Zur Geschichte Schönebergs. — Vermischtes. — Aus Verbänden und Vereinen.

Einladung

zur Generalversammlung der Deutschen Hausbesitzerbank

am Sonnabend den 7. März 1914.

Hierdurch laden wir die geehrten der Deutschen Hausbesitzerbank angeschlossenen Genossenschaften zu der am Sonnabend, den 7. März 1914, nachm. 5 Uhr in Spandau, im Pashenhofer Ausschank, Stresowplatz 20 stattfindenden

ordentlichen Generalversammlung

ergebenst ein.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht, erstattet durch den Vorstand.
2. Revisionsbericht.
3. Genehmigung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung. Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrats.
4. Verteilung des Reingewinns.
5. Neuwahl von Aufsichtsratsmitgliedern.
6. Änderungen der Geschäftsbedingungen.
7. Anträge der Genossenschaften.
8. Sind die Anmeldungen der Genossen zum Genossenschaftsregister stempelpflichtig?
Berichterstatter: Kaufmann L ö f e -Königstal.
9. Sonstiges.

Die Vertretung der Genossenschaften regelt sich nach § 20 der Satzungen der Deutschen Hausbesitzerbank. Danach üben die Genossenschaften ihr Stimmrecht durch je einen aus der Zahl ihrer Mitglieder von ihrem Vorstande bestellten Bevollmächtigten aus. Ein Bevollmächtigter kann nicht mehr als eine Genossenschaft vertreten.

Es wird gebeten, baldmöglichst mitzuteilen, welches Mitglied die Genossenschaft vertreten wird.

Der vom Vorstand aufgestellte Vermögensabschluss (Bilanz) sowie die Gewinn- und Verlustrechnung sind vom Aufsichtsrat geprüft worden und liegen im Geschäftslokal der Darlehnskasse der Grundbesitzer, Spandau, Breite Str. 62, zur Einsicht der Mitglieder aus.

Deutsche Hausbesitzerbank

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, Spandau.

Rud. Weichhardt. Leo Pacholski. W. Friedrichs.

Preußischer Landesverband der Haus- und Grundbesitzer-Vereine.

Verbandskundgebung.

Den verehrlichen Ortsvereinen wird hierdurch mitgeteilt, daß der Grund- und Hausbesitzerverein zu Fulda mit 534 Mitgliedern, Vorsitzender Herr Architekt F. Adam, Lindenstr. 20, dem Preussischen Landesverbande als Mitglied beigetreten ist.

Spandau, im Februar 1914.

Der Verbandsvorsitzende
Dr. Baumert, Justizrat.

Die Hausbesitzer und die wissenschaftliche Literatur zur Wohnungsfrage.

Eine Bittschrift an den Handelsminister.

Der erste Vorsitzende des Zentralverbandes der Haus- und Grundbesitzervereine Deutschlands, Justizrat Dr. Baumert - Spandau, hat, zugleich auch in seiner Eigenschaft als erster Vorsitzender des Preussischen Landesverbandes der Haus- und Grundbesitzervereine, an den preussischen Handelsminister die nachstehende Petition gerichtet:

Bei der Beratung des Entwurfes eines Wohnungsgesetzes im Abgeordnetenhaus haben Guer Erzellenz nach dem stenographischen Bericht folgendes ausgeführt: „Nirgends sind in Europa die Preise des Baugeländes in dem Erweiterungsgebiet der großen Städte wohl so hoch wie in Deutschland. Nach den Feststellungen Eberstadt's beträgt der Preis für den Quadratmeter des Bodens in Deutschland, soweit es sich um Berlin handelt, Stadterweiterungsgebiet, 60 bis 80 Mark, auch 100 M., in anderen Städten 30—60 M. Vergleichen wir damit andere Staaten, die in viel höherem Maße Industriestaaten sind wie Deutschland, also England und Belgien. Dort sind die Kosten bei London 8 bis 10 M., in der Provinz 5—6 M. für den Quadratmeter, in Belgien in den großen Städten 10 Frcs., in der Provinz 4 bis 5 Frcs. für den Quadratmeter.“

Guer Erzellenz bitte ich, sich hochgeneigtest davon überzeugen zu wollen, daß diese Angaben Eberstadt's nicht zutreffend sind. In einer „Denkschrift zur Verbesserung und Ausbildung der Bauordnung für die Berliner Vororte“ aufgestellt vom Architektenausschuß Groß-Berlin, Burgverlag G. m. b. H., Berlin-Grünwald 1913, sind in einer Uebersicht über die baulichen Verhältnisse der einzelnen Gemeinden auch Bodenpreise für baureifes Gelände in der nächsten und näheren Umgebung von Berlin angeführt. Aus diesen Angaben ergibt sich, daß auch in dem Stadtgebiete Groß-Berlin, welches für die Stadterweiterung in Betracht kommt, Baugelände zu denselben Preisen zu haben ist, wie in gleichen Gebieten anderer Länder. Preise von 3—10 Mark für den Quadratmeter bilden die Regel. Uebrigens hat erst jüngst selbst der Fiskus in Staaken in der Nähe des Bahnhof's Gelände zu einem erheblich geringeren Preise, nämlich zu 2 M. für den Quadratmeter erworben. Auch ist weiteres Gelände zu diesem Preise dort käuflich. Dabei ist Staaken ein bereits industriell entwickelter Vorort von Berlin und liegt auch unmittelbar vor den Toren der industriereichen Großstadt Spandau. Es ist von Spandau in 10 Minuten mit der Bahn zu erreichen.

Daß die Eberstadt'schen Angaben über die Grundstückspreise in Belgien, insbesondere in Brüssel, unrichtig sind, ist jüngst in einem Aufsatz von Jagow nachgewiesen, der in Kürze veröffentlicht werden wird. Die

Grundstückspreise in Brüssel sind danach im allgemeinen höher als die in Berlin, obgleich Berlin mit seinen Vororten mehr als fünfmal größer ist als Brüssel mit seinen Vororten.

Georg Haberland hat bereits vor einem Jahre in seiner Schrift „Der Einfluß des Privatkapitals auf die bauliche Entwicklung Groß-Berlins“, Carl Heymanns Verlag, Berlin 1913, nebst Anhang „Die Kleinwohnungen in London und Paris“, Seite 66, nachgewiesen, daß in Berlin die Mietpreise der Wohnungen unter Zugrundelegung deren Kubikinhalts niedriger sind als in London, nämlich in London 4 Mark, in Berlin 2 Mark für den Kubikmeter Raum betragen.

Wenn nun in London wirklich die Grundstückspreise 8mal so billig wie in Deutschland wären, so wäre damit erst recht der Beweis erbracht, daß die hohen Grundstückspreise auf die Mietpreisbildung ganz einflußlos sind. Damit wäre auch dargetan, daß Professor Eberstadt dem Einfluß der Bodenpreise auf die Mieten eine Bedeutung beimißt, die ihm nicht zukommt. Es sind vielmehr die Mieten das Primäre und die Bodenpreise das Sekundäre, oder mit anderen Worten, die Bodenpreise hängen schlechtweg von den Mietpreisen ab, bzw. sind von diesen bedingt, nicht aber umgekehrt. Die Bodenpreise entstehen erst, wenn gewisse Mietpreise gezahlt werden. Diese Auffassung ist von zahlreichen Vertretern der Wissenschaft erwiesen, so von

1. Professor Gemünd in seinen beiden Werken:
 - a) „Bodenfrage und Bodenpolitik“, Verlag Julius Springer, Berlin 1911;
 - b) „Die Grundlagen zur Besserung der städtischen Wohnverhältnisse“, Zul. Springer, Berlin 1913.
2. Professor Adolf Weber: „Boden und Wohnung“, Dunder u. Humblot, Leipzig, 1908.
3. Professor Andreas Voigt „Kleinhaus und Mietskasernen“, Julius Springer, Berlin, 1905;
4. Professor Ludw. Pohle: „Die Wohnungsfrage I und II“, G. J. Göschen, Leipzig 1910;
5. Professor Bredt: „Nationalökonomie des Bodens“, Buer u. Co., Berlin 1908;
6. Dr. Kleinwachter: „Das Wesen der städtischen Grundrente“, Leipzig 1912 (S. 16, 230 ff.).

Diese weisen nach, daß die entgegengesetzte Auffassung nur durch eine Verwechslung von Ursache und Wirkung entstanden ist.

Ueberhaupt sind die Ausführungen von Eberstadt, soweit sie nicht feststehende geschichtliche Tatsachen wiedergeben, einem starken Widerspruch begegnet. Professor Eberstadt ist zu den Gelehrten zu rechnen, von denen Professor Pohle in seiner beachtenswerten Schrift „Die gegenwärtige Krisis in der deutschen Volkswirtschaftslehre“ (A. Deichert, Leipzig 1911) Seite 87 ff. sagt:

„Ist selbst bei dem reinsten Erkenntnisstreben schon die Gefahr groß, daß der Forscher sich von vorgefaßten Meinungen beeinflussen läßt und unter dem Einflusse dieser vorgefaßten Meinungen nur das sieht, was wieder als Stütze derselben verwendet werden kann, so wird

diese Gefahr noch in mehrfacher Potenz gesteigert, wenn der Forscher bewußt als Vorkämpfer für bestimmte praktische Ziele sich fühlt."

Seine Theorien haben bei vielen Gelehrten, die sich ebenfalls seit langem mit der Boden- und Wohnungsfrage beschäftigt haben, nicht nur keinen Anklang gefunden, sondern es sind ihnen durch namhafte Gelehrte und Praktiker viele Gegner erstanden. Vernichtend ist z. B. die Kritik, welche im Jahre 1905 Professor Andreas Voigt in seiner Schrift „Kleinhaus und Mietkaserne“ an dem „Handbuch des Wohnungswesens“ von Eberstadt geübt hat, und welche auf Seite 47 a. a. O. in den Sätzen gipfelt: „Die Schrift Eberstadts ist nach allem eine absolut unwissenschaftliche Agitations- und Tendenzschrift, unzuverlässig in ihrem ohne Sorgfalt zusammengerafften, nicht entfernt zu irgend welchen sicheren Schlüssen hinreichendem Tatsachenmaterial, unwissenschaftlich gegen die elementarsten volkswirtschaftlichen Einsichten verstoßend in ihren aus dem Material gezogenen Schlussfolgerungen.“

Wir beziehen uns weiter auf einige Bücher, die sich mit den Fragen der Boden- und Wohnungspolitik beschäftigen, und deren Verfasser auf Grund ihrer wissenschaftlichen Untersuchungen zu anderen, und wie wir überzeugt sind, richtigeren Ergebnissen gelangen als Eberstadt. Es seien erwähnt außer den obigen Schriften von Gemünd, Weber, Pohle, Voigt, Bredt und Kleinwachter, die Schriften von

1. Rußbaum: „Deutsches Hypothekenrecht“, Tübingen 1913 (S. 270, 273);
2. Dr. Haase: „Das Problem der Wohnungsgesetzgebung“ (Wahlen, Berlin 1913);
3. Dr. Schiele:
 - a) „Ueber den natürlichen Ursprung der drei Kategorien Rente, Zins und Arbeitslohn“;
 - b) „Spekulation und Preisbildung“ (Verlagsbuchhandlung des Zentralverbandes der Haus- und Grundbesitzervereine Deutschlands);
4. Dr. Tille „Das deutsche Grund- und Hausunternehmertum und das Wohnungsgewerbe“, 1911, Heft 6, Bd. 16 der Schriften des Zentralverbandes der Haus- und Grundbesitzervereine Deutschlands.

Die sämtlichen vorstehend genannten Schriften sind wir gern bereit, einzureichen. Besonders der zuerst genannte Verfasser, Professor Gemünd, setzt sich an der Hand eines reichen Materials und unter Berücksichtigung der neuesten Literatur mit den Theorien Eberstadts und seiner Anhänger auseinander und weist die Unhaltbarkeit der Lehren Eberstadts und ihre Unzulänglichkeit für die Lösung der Wohnungsfrage nach. So sei hier nur verwiesen auf Seite 22 ff., 50 ff., 58, 70 ff., 130, 142 der „Boden- und Wohnungspolitik“ und auf Seite 20, 136, 155, 156, 163, 165—168, 171 ff., 176, 180, 182, 187 ff., 309 der „Grundlagen“.

Nun hat ein hohes Ministerium durch zwei Erlasse an die Herren Regierungspräsidenten vom 23. Februar 1909 und 29. Mai 1909, abgedruckt im Ministerialblatt der Handels- und Gewerbeverwaltung, den nachgeordneten Behörden „bei der Bedeutung der in dem Werke erörterten Fragen für das öffentliche Wohl“ die Beschaffung des Buches „Handbuch des Wohnungswesens und der Wohnungsfrage“ von Professor Rudolf Eberstadt empfohlen.

Diese Empfehlung des Werkes, auf die in Ankündigungen des Werkes Bezug genommen wird, und die so auf dem Wege der Reklame den weitesten Kreisen bekannt wird, muß bei dem unkritischen Publikum den

Eindruck erwecken, als ob der von Eberstadt in seiner Schrift gewiesene Weg zu einer Verbesserung und zugleich zur Verbilligung des Wohnens führen müßte. Auch die nachgeordneten Behörden werden sich auf Grund der Empfehlung die Anschauungen, die Eberstadt in seinem Handbuche entwickelt, leicht zu eigen machen und werden versuchen, an die praktische Lösung der Wohnungsfrage im Sinne Eberstadts heranzutreten.

Ganz besonders sei aber hervorgehoben, daß Prof. Eberstadt in seinen Werken eine Voreingenommenheit gegen den deutschen städtischen Hausbesitz und eine Kurzsichtigkeit gegen dessen wirtschaftliche Aufgaben zum Ausdruck bringt, die den wirtschaftlichen Frieden geradezu gefährden. So heißt es in seinem „Handbuch des Wohnungswesens“ Seite 365: „Die jogenannten Hausbesitzer in Berlin . . . wirken nur als Uebertragungshebel zur Belastung der Bevölkerung“. Hierbei sei auf das Wörtchen „nur“ ganz besonders hingewiesen, sowie darauf, daß dies im Gegensatz zu den amerikanischen Hausbesitzern hervorgehoben wird.

Noch weitergehend sagt er auch in seinem neuesten Werke „Neue Studien über Städtebau und Wohnungsweisen“, Verlag Fischer, Jena 1912, Seite 189 ff. und weiter Seite 193: „Für den Stand als Ganzes ist das System schlecht. Es zwingt den Hausbesitz, seinen Nutzen in einem Gegensatz zu der Bevölkerung zu suchen.“ Dieselbe Wendung finden wir auch in einem Artikel „Wohnverhältnisse und Städtebau in Spandau“ (Preussische Jahrbücher, Juni 1911, Band 114, Heft III, S. 447): „Die Stellung, die der organisierte Hausbesitz und seine Vertreter einnehmen, ist nicht vereinbar mit den öffentlichen und allgemeinen Interessen. Es ist bedauerlich, daß der organisierte Hausbesitz seinen Erwerb nur in einem Gegensatz zur Bevölkerung zu finden glaubt; bedauerlich, daß er ein natürliches und verbrieftes Recht auf die Leistungspflicht der Gesamtheit beansprucht; bedauerlich — leider aber auch folgerichtig —, daß er die ganze Kraft seines Einflusses auf Festhaltung schlechter Zustände aufwendet, deren Schäden niemand besser kennt und kennen muß als der Hausbesitzerstand selber.“ Ähnlich schreibt er auch in seinem Artikel über „Städtebau in der Ostmark“ (Preussische Jahrbücher, Band 149, Heft III, August 1912, S. 264):

„Indes auch der Hausbesitz selber wird geschädigt durch ein System, das ihn zu einem prekariistischen Sy-

Die neuen
Just-Wolfram-
Lampen
mit unzerbrechlichem Leuchtdraht.
Taghell brennend · Stromsparend.

Wolfram-Lampen
A.-G. A. G. A. G.

pothekenverwalter herabdrückt und ihn zwingt, seinen Nutzen in einem Gegensatz zur Bevölkerung zu suchen. Die unter dem Kasernierungssystem dem Hausbesitzer zugewiesene Aufgabe besteht lediglich darin, die von anderen Leuten gemachten Spekulationsgewinne zu bewachen und auf die Mieterlast zu überwälzen.“

Die Erwiderung, welche Generalsekretär Dieffe in den Preußischen Jahrbüchern 1913, Heft 1, Seite 110 ff. veröffentlicht hat, enthält unter anderem folgendes: „Wie man Professor Eberstadt's Vorwürfe gegen die Hausbesitzer auch drehen und deuten mag, die Tatsache bleibt bestehen, daß alle Arbeiten Prof. Eberstadt's mehr oder weniger darauf hinauslaufen, den Hausbesitzern die Schuld an den traurigen Verhältnissen im Wohnungswesen beizumessen usw.“

Hierauf ist eine Antwort nicht erfolgt.

Derartige Äußerungen des Professor Eberstadt, wie sie eben wiedergegeben wurden, sind ganz dazu angetan, den gegen die besitzenden Kreise gerichteten Haß der besitzlosen Klassen zu schüren und es trägt zum mindesten dazu bei, die Mieter gegen die Hausbesitzer feindselig zu stimmen, wenn die Hauswirte lediglich als die Ausbeuter des wohnungsuchenden Publikums hingestellt werden, ganz besonders dann, wenn solche Äußerungen aus dem Munde eines Mannes kommen, dessen Werk als ein „für das öffentliche Wohl bedeutungsvolles“ von einer höchsten Behörde empfohlen wird, und dessen Anschauungen in diesem Werke durch die Autorität der Behörde gedeckt erscheinen.

Wir glauben annehmen zu dürfen, daß Euerer Excellenz weder diese Wirkung noch die Verwendung der amtlichen Empfehlung in den geschäftlichen Ankündigungen zu billigen vermögen. Deshalb erlaube ich mir als Vorsitzender von Hausbesitzerverbänden an Euerer Excellenz die ebenso ergebene wie dringende Bitte zu richten, daraufhinzuwirken, daß eine weitere amtliche Empfehlung der Schrift von Eberstadt und die Verwertung solcher ministeriellen Empfehlung in Geschäftsanzeigen u. dgl. fortan unterbleibt. Sollte dieser Bitte jedoch aus irgend welchen Gründen nicht entsprochen werden können, so würde es der Gerechtigkeit entsprechen, wenn die amtliche Empfehlung auch auf Schriften ausgedehnt würde, die nicht dem Eberstadt'schen Standpunkte entsprechen, namentlich auf die beiden Werke von Gemünd

1. Bodenfrage und Bodenpolitik,

2. Die Grundlagen zur Besserung der städtischen Wohnverhältnisse,

und auf die beiden genannten Schriften von Dr. Schiele.

Da die Rede von Euerer Excellenz öffentlich viel besprochen worden ist, sei es mir gestattet, vorstehendes Schreiben der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Dr. Baumert.

Groß-Berliner Wohnungswesen.

Der „Groß-Berliner-Verein für Kleinwohnungswesen“ hielt seine erste Generalversammlung am 11. Februar im großen Sitzungssaale des Berliner Rathauses ab. Der Verein hat sich das Ziel gesteckt, eine Besserung der Wohnungsverhältnisse in Berlin und den Vororten herbeizuführen, nicht, wie es bisher leider oft versucht wurde, unter Ausschaltung der Praktiker des Wohnungswesens und in einer gewissen Gegnerschaft zu den wirtschaftlichen Faktoren, bei denen die gegenwärtige Wohnungsproduktion in der

Hauptache liegt, sondern gemeinsam mit allen Kreisen, die an der Schaffung von Wohngelegenheiten auf privatwirtschaftlicher Grundlage beteiligt sind. Allerdings spielt auch in dem Groß-Berliner Verein für Kleinwohnungswesen die sogenannte gemeinnützige Bautätigkeit noch eine sehr große Rolle, aber es sind doch in diesem Vereine auch die verschiedenen Kreise der gewerblichen Unternehmung vertreten. Auch hat der Groß-Berliner Verein für Kleinwohnungswesen nicht allein die einseitige Propaganda für das Kleinhäus und das Einfamilienhaus auf sein Programm gesetzt, sondern in der richtigen Erkenntnis, daß die verurteilte Mietkaserne ein notwendiges Produkt der geschichtlichen Entwicklung des Wohnungswesens ist, und für die Unterbringung des überwiegenden Teiles der großstädtischen Arbeiterbevölkerung als besonders geeignete Form vorläufig angesehen werden muß, bekämpft der Kleinwohnungsverein keineswegs den geschlossenen Hochbau als solchen, sondern sein Streben ist darauf gerichtet, einzelne Mängel des Miethausbaues, die unzweifelhaft lange Zeit vorhanden gewesen, aber mit dem Typus des geschlossenen Hochbaues an sich nicht verbunden sind, zu beseitigen. In dieser Hinsicht steht also der Groß-Berliner Verein für Kleinwohnungswesen erfreulicherweise vollständig auf dem Standpunkte der Organisationen des Haus- und Grundbesitzes, und es ist mit Genugtuung zu begrüßen, daß der Verein bei der Erörterung grundsätzlicher Fragen den organisierten Haus- und Grundbesitz herangezogen hat.

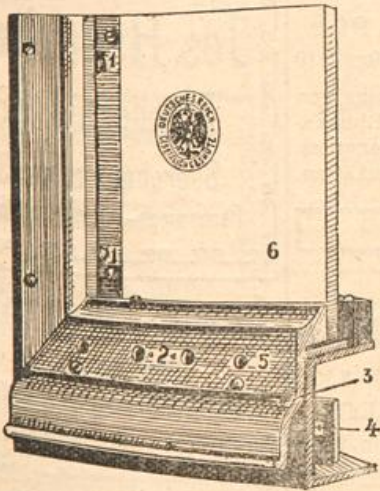
Auch die Verhandlungen auf der letzten Generalversammlung des Vereins bewiesen, welche Fortschritte die Erkenntnis von den wahren Aufgaben einer Förderung des Wohnungswesens in weiteren Kreisen allmählich gemacht hat. Wenn man von einigen kleinen Übertreibungen in dem auf der Versammlung vorgetragenen Jahresberichte, die wohl mehr auf rhetorischen Schwung als auf eine programmatische Tendenz zurückzuführen sind, abieht, so wird man bezeugen können, daß während der ganzen Verhandlungen kaum ein Wort gefallen ist, das nicht alle einsichtigen Haus- und Grundbesitzer unterschreiben könnten oder vielmehr schon seit Jahren vertreten haben. Von den Helden der Bodenreform und einer falsch verstandenen Wohnungsreform hörte man keine einzige Silbe, dagegen wurde mehrfach anerkennend hervorgehoben, daß die Haus- und Grundbesitzer wahrhaftig nicht jene Ungeheuer sind, für die sie eine Zeitlang in öffentlichen Versammlungen und in der Literatur mit so besonderer Vorliebe verschrien wurden. Staatssekretär a. D. Dernburg leitete die Verhandlungen. In seiner Eröffnungsrede war er außerordentlich zurückhaltend, man glaubte den Führer des Propagandaausschusses „Für Groß-Berlin“ unsehligen Angedenkens kaum wiederzuerkennen. Er betonte den eingangs erwähnten Standpunkt des Kleinwohnungsvereins der Mietkaserne gegenüber noch ganz ausdrücklich und gab zu, daß es unrecht wäre, für Mißstände Faktoren verantwortlich machen zu wollen, die im Rahmen vorhandener gesetzlicher und wirtschaftlicher Verhältnisse ihre Aufgaben erfüllt haben. Excellenz Dernburg führte aus, daß das Wohnen eine Kunst sei, die gelernt werden müsse, wie jede andere Kunst; und daß die Erlernung dieser Kunst viel mehr in den Kreisen der Mieter durchgesetzt werden müsse als in den Kreisen der Baugewerbetreibenden und der Hausbesitzer. Auch Dernburg erklärte unumwunden, daß die ganz überwiegende Mehrzahl aller traurigen Zustände im Wohnungswesen nicht auf bauliche Mängel, sondern auf Mängel in der Benutzung der Wohnungen zurückzuführen sei. Und ebenso wies Dernburg immer wieder darauf hin, daß niemand daran denken könne oder auch nur daran denken möchte, die privatwirtschaftliche Unternehmung aus

Inseraten-Beilage

zur

Wiesbadener Bürger-Zeitung

Schaufensterrahmen-Neuheit



D. R. G. M. Nr. 546295
und Nr. 549475

Fort mit dem Ritt!

D. R. G. M. Nr. 546295
und Nr. 549475

Frei stehen die Schaufensterscheiben in den Rahmen, kein Zerspringen mehr, weil federnde Festhaltung geboten ist.

Von den Glasversicherungen wärmstens empfohlen.

Kein Anlaufen bei der Kälte mehr, da die Ventilation die denkbar beste ist und das Glas in kittlosen Rahmen sitzt. Das Regen- und Putzwasser läuft sofort ab.

Das Einsetzen, sowie Herausnehmen der Scheiben aus dem Rahmen ist denkbar einfach. Staubfreie Abdichtung wird gut und sicher bewirkt.

Diese neue Vorrichtung bietet somit den Hausbesitzern, sowie Ladeninhabern ganz hervorragende Vorteile gegenüber den alten Konstruktionen, wo immer ein Zerspringen teurer Spiegelscheiben, sowie Geschäftsstörung eintritt.

Ausführung in Delta-Metall, Eisen und Holz. — Prospekte und Kostenvoranschläge gerne zu Diensten.

Hochachtungsvoll

Jacob Cramer, Eisenkonstruktion und Schlosserei

Stiftstraße 24 — Telephon 3443

1. Spiralfedern
2. Luftzuführung
3. Wassernase

4. Schieber zum Abschließen
5. Abwasser
6. Spiegelscheibe

Wiesbaden

J. & G. ADRIAN

Internationale Spedition

Möbeltransporte o. Stadtumzüge

Spezialität:

Übersee-Umzüge ohne Umladung

Moderne Möbel-Lagerhäuser



Bade-Einrichtungen

F. Dofflein

Friedrichstraße 43

Kohlen aller Sorten

für Hausbrand und Industrie

Ruhrbrech-Koks

bestes Heizmaterial für Zentralheizung

Anthrazit-Kohlen

hervorragendste Marken deutscher, belgischer u. engl. Herkunft

Steinkohlen-Eiform- und Braunkohlen-Briketts, Anzündekohlen

taffellose Aufbereitung u. Abfeuerung durch zuverlässig arbeitende maschin. Siebwerke

Kohlenverkauf-Gesellschaft

mit beschränkter Haftung

Hauptkontor Bahnhofstraße 2

Fernsprecher Nr. 545 und 775

Geschäftsfirmen, Lieferanten und Handwerker

Baugeschäft

Aug. Meister

Inh. Ludw. Kraft

Baugeschäft

Röderstraße 42

Fernsprecher 6483

Bücherrevisor

W. Sauerborn

Bücherrevisor

Wörthstr. 8 Telefon 1752
übernimmt die sachgem.,
dengesetzl. Bestimmungen
entspr. Ausarbeitung von
Steuererklärungen (Wehr-
beitrag, Einkommensteuer
usw. u. strengst. Diskretion

Dachdecker

Moritz Beltz

Dachdeckermeister

Telefon 1573
Kellerstr. 10

empfeht sich in allen
vorkommenden
Dacharbeiten

Heinrich Hener

Tel. 3412

Dachdecker- und
Asphalt-Geschäft

28 frankenstraße 28

Neuerstellung und Repa-
raturen sämtlicher Dach-
decker- u. Asphaltarbeiten

Spezialität:
Holzzementbedachungen

Sachgemäße Ausführung
Mäßige Preise

Gebrüder

LOTZ

Dachdeckermeister
Albrechtstraße 3
und
Webergasse 41
Telefon 4384.

Franz Schäfer

Westendstraße 38

Dachdecker

Reparaturen gut und billig
Selbstaussführung

J. P. Schwarz

Dachdecker-
meister

Bleichstr. 15 pt.
Fernsprecher 2038

Druckereien

Vereinigte Druckereien

Hammelmann & Sprunkel

Lithographische Kunstanstalt
Buch- und Stein-Druckerei

Moritzstr. 27. Teleph. 422
Anfertigung sämtl. Drucksachen in
best. Ausfüh. bei mäß. Berechnung.

Elektrotechnik



Das ist die halt-
barste

Drath-Lampe

Ersparnis ca. 75%
Preis 10 — 50kerz.
1 Mk. exkl. Steuer.

Bei Abgabe dieser Anzeige
5% Extra-Rabatt.

Max Commichau,
Elektr. Installations-Geschäft,
Riehlstraße 22. Telefon 1989.

August Jeckel

Ziethenring 1
Installation elektrischer
Licht- und Kraftanlagen
Lager in Maschinen
Beleuchtungskörper
Heiz- und Kochapparate
Installationsmaterial
Ladestelle für Akkumulatoren.

Gärtnereien

Gg. Weygandt

Handelsgärtner
Dotzheimerstr. 91

Telefon 2119 Telefon 2119

Anlegung und Unterhaltung von
Gärten. Herstellung all. Blumen-
bindereien, Kränze u. Bouquets.
Zimmerpflanzen. Balkonkästen.

Glaser

Wilhelm Hankammer

Früher Fr. Saueressig
Glasermeister
Rheinstr. 28 - Telefon 4419

Spezialität: Patent-Dreh-
und Schiebefenster
absolut staub- und luftdicht.

HEINRICH MORR

Inhaber: Joh. Klein
Karlstraße 16 :: Telefon 4931

GLASER

Anfertigung von Fenster-
rahmen und Verglasungen

Gummiwaren

Gummi Schuhe
Mäntel
Gummi Garten-
schläuche etc.
empfehlen billigst
Baumcher & Co.,

Ecke der Langgasse und
Schützenhofstraße.

Heizkörper-
Verkleidungen

Karl Waldschmidt

Schwalbacherstr. 7
Fernsprecher 2975

Heizkörper-Verkleidungen

Kamine in Metall,
Stein und Marmor
Kunstgewerbliche Werkstätte

Lackierer,
Maler, Tüncher

Jos. Haenchen

Tünchermeister

Seerobenstrasse 5
Fernsprech-Anschluss 3573

Herm. Kempfes

Maler- und
Tünchergeschäft

Bleichstr. 20 III. Dreiveidenstr. 5
Übernahme sämtlicher Maler-
u. Tüncharbeiten in einfacher,
sowie hochfeiner Ausführung.
Fasadenanstriche :: Schildermalerei

Jakob Ludwig jun.

Tüncher-, Maler-
und
Lackierergeschäft

Schillerplatz 4.

Telefon 4115.

Karl Schmidt

Maler- u. Baudekorationsgeschäft
Johannisbergerstr. 6. Tel. 1372.

Ausführung von Verputz-,
Stukkatur-, Maler- und
Anstreicher-Arbeiten.

Reparaturen prompt und billig.

Geschäftsfirmen, Lieferanten und Handwerker

Ludwig Schmidt

Zietenring 2
Telephon 3536
empfiehlt sich
in sämtlichen

Maler-, Tüncher- u.

Lakierarbeiten
= Billige Preise =
Prompte Bedienung.

**Heinrich
Schneider**

Maler- und
Tünchergeschäft
Kiedricherstrasse 2
Fernsprecher 4125

Lack und Farben

A. Rösig & Cie.

Farben-, Lack-
und Kittfabrik
Marktstr. 6 Fernspr. 2500
Billigste Bezugsquelle
sämtlicher Farbwaren
Spezial.: Fußbodenlacke

Maurermeister

W. Dembach

Maurermeister
Weissenburgstr. 3

Öfen, Herde,
Wandplatten

K. Ehnes

Bismarckring 9 : Tel. 6534

Öfen, herde
Wandplatten

General-Vertreter der
Homannwerke

Photo-Artikel

Medicinal-Drogerie

Hygiea

Photo- und
Sanitäts-Haus

Moritzstraße 24
gegenüber der Gerichtsstr.
Fernruf 2121

Reinigungsinstitute

Größtes Wiesbadener Glas-
und Häuser-Reinigungs-Institut

Th. Hornstadt

Schwalbacherstr. 79 Telefon 1815
empfiehlt den wert. Hausbesitzern
und Spenglermeistern seine drei
fahrbaren mech. Schiebeleitern
von 12 bis 24 m hoch für Repara-
turen an Kandel und sonstiges an
Häusern zu sehr billig. Preisen.

Ratten und Mäuse

u. sonstiges Ungeziefer
vertilgt unter Garantie

B. Beier

Lehrstrasse 1. Telefon 4055.
Desinfektions-Anstalt.

Sarglager

**Sarglager
Friedr. Birnbaum**

Schreinermeister
Oranienstr. 54 Tel. 3041

Erd- u. Feuerbestattung

Lieferant des Vereins für
Feuerbestattung.

Schreibmaschinen-
Reparaturwerkstatt

Reparaturwerkstätte für
Schreibmaschinen aller
Systeme

Anton Metz

WIESBADEN
Dotzheimerstr. 63 Telefon 1288

Schreibmaschinen-
Reinigungs-Institut

Schlosser

Schlosserei

Kroetsch

Göbenstrasse 8
: Telefon 2131 :

empfiehlt sich in allen
einschlägigen Arbeiten.

Rud. Mayer

Bau- und Kunstschlosserei

Reparaturen ^{prompt}
u. ^{billig}

Nerostraße 29

fernsprecher 2393

Schreiner

Karl Georg

Bau- und
Möbelschreinerei

Diehlstr. 15 Telefon 3994

**Schreiner-
Arbeiten**

Sämtliche Reparaturen an Roll-
läden usw., Reinigen v. Parkett-
böden, Aufpolieren von Möbeln
beforgt schnell und billig

hermann hübner
Schreinermeister Luisenstr. 18

Spengler
und Installateure

Jakob Anthes

Installation und Spenglerei
Guß- **Badewannen**
emall. von 50 Mark an.

Badeöfen

von 80 Mark an.
Rheingauerstraße Nr. 4
Telefon 2210

Jul. Löffler

Spenglerei

Installation

Goebenstraße 11

Fernsprecher 3136

Nerostrasse 29

Installation

für Gas und Wasser
Beleuchtungskörper

R. Mayer,

Telefon 2393.

Tapezierer,
Dekorateurs

Tapezierer- und
Dekorationsgeschäft

**Georg
Lieglein**

Zimmermannstraße 5
Telefon 3600

Wandbekleidungen etc.

Carl Reichwein
WIESBADEN

Hellmund-, Ecke Dotzheimerstr.
Telephon 357.

Spezialgeschäft für Aus-
führung von **Wandbeklei-
dungen, Bodenbelägen,
Bädern, etc.**

Geschäftsfirmen, Lieferanten und Handwerker

Germania

Brauerei-Gesellschaft

Tel. 142 Wiesbaden Tel. 142



Die Einrichtung unserer neu angegliederten

Flaschenbier-Abteilung

erregt die Bewunderung aller Fachleute und sonstig. Interessenten in höchstem Maße.

Durch die Aufstellung der bewährtesten Reinigungs-Maschinen und Füll-Apparate wird den verehrlichen Konsumenten volle Gewähr für

hygienisch erstklassige Brauerei-Füllung

geboten.

Man achte auf das neben abgebildete Verschuß-Anhänge-Etikett welches ein Oeffnen der Flasche nur durch Zerreißen des Bindfadens ermöglicht.

Unsere Biere haben sich seit der Gründung unserer Brauerei bis zum heutigen Tage des allerbesten Rufes erfreut.

Dieser Erfolg beruht auf der stets gleichbleibenden vorzüglichen Qualität des Produkts, das hinsichtlich seines Geschmacks und seiner anerkannten Bekömmlichkeit den höchsten Anforderungen entspricht.

Rheinische Elektrizitäts-Gesellschaft WIESBADEN

LUISENSTR. 8 TELEFON 441
Telegramm-Adresse: „ENERGIE“

Elektrische Licht- und Kraftanlagen jeder Art

Beleuchtungskörper in allen Stilarten

Metallfadenlampen
Staubsauganlagen
stationär und transportabel

Elektrische Koch- und Heizapparate

Haartrockenapparate

Elektrische Kinderkochherde für Puppenküchen
reizendes Weihnachtsgeschenk,
schließt jede Gefahr für das spielende Kind aus.

Beratung und Kostenberechnung frei.

Wir bitten um Besichtigung unserer Ausstellung Luisenstr. 8, 1. Et.

Gebrüder Toffolo, Wiesbaden

Bureau und Lager Dohheimerstraße 142 :: Telefon Nr. 556

Unternehmung von Beton- u. Eisenbeton-
Bauten im Hoch- u. Tiefbau, Ausführung
von wasserdichten Kellerböden-Konstruk-
tionen, Mosaik, Terrazzo, Kork, Stein-
holz, Gipsfettich und Asphalt-Böden

Weinstube

L. Göbel

Ecke Karlstraße
Wetheidstr. 65

Gutgepflegte Glas-
und Flaschenweine.

Elektrische Personen-,
Waren- und Speisen-

Aufzüge

Überwachung von Aufzügen im Jahres-
abonnement. Reparaturen und Umbauten.

Heinr. Horn Söhne

Spezialfabrik für Aufzüge

Wiesbaden

Dohheimerstraße 105.

Tel. 3094. Begründet 1871.

J. & W. Rossel

Zimmermeister
Säge- und Hobelwerk

Telephon-Anschluß 3494
Wohnung: Eckernförderstrasse 5

Treppenbau

Gartenhäuschen

Turngeräte

Brennholz



Gartenhäuser,
Spaliere,
Wintergärten,
Schub- u. Zier-
geländer,
Wäsch-, Baum-
u. Rosenpfähle
liefert

A. Debus

Blücherstr. 35².

J. Frädert : Wiesbaden

Spezial-Geschäft für

Herde und Oefen jeder Art

Bade-Einrichtungen, Installation, Eisschränke, Fliegenschränke,
Kassetten, Geldschränke und Gartenschläuche — Reparaturen und
Ersatzteile für vorstehende Apparate billigt

Ausstellungsräume:

Friedrichstraße 12 : fernsprecher 492

Parkett

Spezial-Geschäft

Heinrich Schuhmacher
Göbenstraße 9

Umlegen, Abhobeln, Reinigen
und Wachsen von Parkettböden
aller Art und Treppenstufen
sowie Besorgung sämtlicher
Schreinerarbeiten.

der Wohnungsproduktion auszuschalten, daß es vielmehr darauf ankommen müsse, die private Geländeerschließung und Bauunternehmung sowie den privaten Hausbesitz zu fördern und zu stärken.

Auch bei Schöneberger Oberbürgermeister *Dominius*, der allerdings nur das Wort zu einer kürzeren Bemerkung über eine Groß-Berliner Wohnungsstatistik genommen hatte, enthielt sich jeglicher Angriffe gegen die „Bodenspekulanten“ und die „Hausagrarien“. Es war nur eine ganz nebensächliche, aber dabei doch außerordentlich bezeichnende Kleinigkeit, daß Oberbürgermeister *Dominius* als Kronzeugen für die Notwendigkeit der Durchführung einer Groß-Berliner Wohnungsstatistik . . . Kommerzienrat *Georg Haberland* ins Treffen führte. Was die Sache selbst betrifft, so ist ja die nach gleichmäßigen Grundlagen durchgeführte Zählung der leerstehenden Wohnungen möglichst zweimal im Jahre ein alter Wunsch der Haus- und Grundbesitzerorganisationen. Der Großberliner Verein für Kleinwohnungsweisen hat die Vorarbeiten bereits praktisch in die Hand genommen, und auch den Generalsekretär des Zentralverbandes der Haus- und Grundbesitzervereine zu den Vorarbeiten herangezogen.

Besonders interessant war der Vortrag des Baumeisters des Zweckverbandes Groß-Berlin, des Stadtbaurats *Beuster*, über das Thema: „Wie fördern wir praktisch das Siedlungsweisen Groß-Berlins?“ Das Ziel, das Baurat *Beuster* für die Groß-Berliner Siedlungspolitik erstrebt, ist die Schaffung eines gemeinsamen Generalbebauungsplanes für Groß-Berlin, von dessen Erreichung wir aber nach der eigenen Meinung des Referenten noch recht weit entfernt sind. Bis dahin kommt es darauf an, die Grundlage der Bebauung den praktischen Bedürfnissen nach Möglichkeit anzupassen und nicht Fluchtlinienpläne und Bauordnungen auf dem Papier zu konstruieren, deren Durchführung an den wirtschaftlichen Grenzen scheitern muß. Wie die Dinge einmal liegen, kann das kleine Eigenhaus in einer größeren Allgemeinheit nur für die wohlhabenderen Kreise der Bevölkerung ermöglicht werden. Man soll deshalb nicht falsche Ideale vorgaukeln, deren notgedrungenes Mißlingen nur zu einer Verdrossenheit den erreichbaren Zielen gegenüber führt. Es kommt vor allen Dingen darauf an, aus der wirtschaftlich gebotenen Ausnützung des Geländes die denkbar beste Verteilung herauszubilden. Wie falsche Gewohnheiten und geringe technische Einsicht schädigend wirken können, zeigte Baurat *Beuster* an dem Beispiel einer großen Berliner Terrain-Aktien-Gesellschaft. Der erste Aufteilungsplan dieser Gesellschaft zeigte alle die Mängel, die man so vielfach in den älteren Bebauungsplänen vorfinden kann. Diese Gesellschaft hat später einen anderen Bebauungsplan für dasselbe Gelände aufgestellt, der ganz genau die gleiche Ausnützungsmöglichkeit gewährleistet, die Gesellschaft also um keinen Pfennig schädigt und trotzdem fast alle die Vorzüge aufweist, die nach dem gegenwärtigen Stande der Hygiene und der Städtebautechnik gefordert werden können.

Das ist aber, wie Baurat *Beuster* hervorhob, der erste Grundsatz, der bei allen derartigen Forderungen unbedingt beachtet werden muß: daß die gegenwärtigen Besitzer, die im Vertrauen auf gesetzlich gültige Vorschriften Gelände erworben haben und verwerten wollen, nicht willkürlich geschädigt werden dürfen. Man mag für Gebietssteile, deren Werte durch die Aussicht auf die nach bestimmten gesetzlichen Vorschriften zulässige Bebaubarkeit noch nicht berührt sind, die weitestgehenden Beschränkungen der Bebauung ins Auge fassen. Wo sich aber Werte bereits nach der Bebauungsfähigkeit des Bodens auf gesetzlich gültiger Grundlage herausgebildet haben, da müssen die Ansprüche der Besitzer

geschont werden. Wie weit dabei eine Gemeinde auf eigene Kosten durch Anlage von Freiflächen usw. die hygienischen Bedingungen der Bebauung zu ergänzen hat, ist eine andere Frage. Deshalb trat auch Baurat *Beuster* für eine Vermehrung des kommunalen Grundbesitzes ein, über deren Grenzen man aus allgemeinen kommunalpolitischen Gründen und namentlich aus Gründen der kommunalen Finanzpolitik natürlich streiten kann.

Auch in dem Vortrag des Baurats *Beuster* erfreute wieder ganz besonders der mäßige, jeden Vorwurf gegen die Haus- und Grundbesitzer vermeidende Ton, der sich durch die ganzen Ausführungen hindurchzog. Baurat *Beuster* erinnerte namentlich daran, wie es nicht bloß zwecklos, sondern auch in hohem Maße ungerecht sei, diejenigen privatwirtschaftlichen Kreise, die nach bestehenden Bauordnungen die Bebauung vornehmen, für etwaige Mängel dieser Bauordnungen verantwortlich zu machen. „Das Terraingewerbe“, so sagte er, „hat doch die Bauordnungen nicht geschaffen.“ Das Terraingewerbe tut weiter nichts, als daß es nach Vorschriften baut, die ihm durch gesetzliche Bestimmungen vorgegeschrieben sind. Es lag nahe, daß *Beuster* bei dieser Gelegenheit auf die Bebauung des Tempelhofer Feldes mit einem Worte zu sprechen kam. Und wenn man sich vergegenwärtigt, welche plumpen und häßlichen Angriffe seitens gewisser Bodenreformer gegen die Bebauung des Tempelhofer Feldes gerichtet sind, dann berührte es unheimlich sympathisch, wenn Baurat *Beuster* auch in diesem besonderen Falle eine gerechte Beurteilung verlangte. *Beuster* meinte, es wäre ja jetzt sehr leicht, über eine allzudichte Bebauung des Tempelhofer Feldes zu schimpfen, aber man solle doch nicht vergessen, daß die Bebauung des Tempelhofer Feldes das Gelände mit einem Preise bezahlten mußten, der nach dem vollen Bewußtsein des Verkäufers nur durch jene gedrängte Bauweise aufzubringen war. Schließlich entbehrte es nicht eines etwas pikanten Beigeschmacks, wenn angesichts des in der Versammlung anwesenden Handelsministers *Dr. Endow* und der einstigen Führer des Propagandaausschusses „Für Groß-Berlin“ Baurat *Beuster* darauf hinwies, daß es sicherlich nicht zur Förderung des Groß-Berliner Wohnungswesens beitragen könne, wenn die Boden- und Wohnungsverhältnisse von Groß-Berlin den Verhältnissen in anderen Großstädten der Welt gegenüber öffentlich unnötig herabgesetzt werden. — e.

Hausbesitz und Bodenreform in den Unterweserstädten.

Man schreibt uns aus Lehe:

„Nachdem vor etwa 3 Wochen der Haus- und Grundbesitzerverein Geestemünde eine Versammlung gegen die Lehren der Bodenreform abgehalten hatte, in der Herr Generalsekretär *Dieck* vom Zentralverbande deutscher Haus- und Grundbesitzervereine gründlich die Lehren der Bodenreform gekennzeichnet hatte, mußten wir erwarten, daß die Bodenreformer recht bald eine Versammlung einberufen würden, um den auf Abwege gekommenen Karren wieder aufs rechte Gleis zu bringen.

Schneller wie erwartet, haben die Bodenreformer am letzten Sonntag eine große Versammlung in Bremerhaven nach dem großen *„Etablissement „Tivoli“* einberufen, und sich dazu den 2. Vorsitzenden des Verbandes der Bodenreformer, Herrn *Pohlmann-Hohenaspe*, jetzt *Detmold*, als Redner kommen lassen, der über die Grundrente und die Steuer nach dem gemeinen Wert sprach. Die Versammlung war von 84 Personen besucht, ein Zeichen, wie groß das Interesse in den Hafenstädten Lehe, Bremerhaven, Geestemünde, Walsdorf, die insgesamt 100 000 Einwohner zählen, für die Bodenreform ist. Die Versammlung selbst bestand hauptsächlich aus Beamten und Lehrern.

Der Vorsitzende der Bodenreformergruppe an der Unterweser, Herr *Jollinspektor Schröder* von Lehe, leitete die Versammlung und nachdem er sowohl wie der Referent und andere bodenreformerische Leuchten der Unterweserorte die echt bodenreformerischen Anwürfe

gegen die Leitung des Zentralverbandes, über die Abhängigkeit von der „Terrain Spekulation“ und von „Haberland und Genossen“ zum besten gegeben hatten, nahm das Wort Herr Bürgervorsteher Döschke-Lohe zu einer Aufklärungsrede, in der er etwa ausführte, er sei nicht gekommen um zu reden, sondern um zu hören und zu lernen. Gehört habe er zwar viel, aber gelernt recht wenig. Zunächst wies er die Angriffe auf den Generalsekretär Herrn Dieffe-Berlin energig zurück, der nicht im Interesse der Terrain Spekulanten, oder wie hier wiederholt ausgedrückt wurde, für „Haberland und Genossen“ gesprochen, sondern lediglich für die Interessen des Hausbesitzes. Herr Dieffe sei auch nicht von Berlin geschickt, sondern von dem Haus- und Grundbesitzerverein Seefestmünde gebeten worden, einen Vortrag zu halten gegen die Lehren der Bodenreform, der über Irrtümer Aufklärung geben sollte, die von den Bodenreformern verbreitet werden. Herr Dieffe hat sich ganz genau in seiner Rede an das Programm des städtischen Haus- und Grundbesitzes gehalten. Den Beweis dafür erbringen die Berichte der hiesigen Presse über die betreffende Versammlung. Auch wies er die Angriffe auf den Zentralverbandsvorsitzenden, Herrn Justizrat Dr. Baumert, entschieden zurück; derselbe hat voll und ganz im Einverständnis mit dem Vorstände des Zentralverbandes und im Interesse des Haus- und Grundbesitzes gehandelt und die Hausbesitzer haben ihn in den Vorstand des Schutzverbandes hineingewählt, um ihre Interessen in demselben wahrzunehmen.

Gerade der Präsidialausschuß des Schutzverbandes, dem auch er (Redner) angehöre, und mit ihm zahlreiche Hausbesitzer, habe eine Handhabe, die Tätigkeit des Schutzverbandes zu überwachen, und er könne nur sagen, daß der Schutzverband, trotz seines kurzen Bestehens, großes geleistet habe für den Haus- und Grundbesitz. Wenn nun Herrn Justizrat Dr. Baumert der Vorwurf gemacht werde, er gehe mit dem Vorsitzenden der Mittelstandsvereinigung, Herrn Bürgermeister Dr. Eberle-Nossen, Arm in Arm, so ehrt ihn das nur. Herr Justizrat Dr. Baumert ist der Vorsitzende des Zentralverbandes, und als solcher hat er die Pflicht und Schuldigkeit, Hilfe für den Hausbesitz zu suchen, wo dieselbe zu finden ist. Hilfe brauchen die Hausbesitzer namentlich in der gegenwärtigen Hypothekennot, was Redner näher begründet. „Wir tun genau dasselbe, was die Bodenreformer auch tun. Sie sprechen von Grundrente und Steuern nach dem gemeinen Wert. Warum? Weil sie den Grund und Boden in eine Hand bringen wollen, Staat und Kommune.“ Die Gebäudesteuer werde alle 15 Jahre neu eingeschätzt und meistens immer um eine Stufe höher, weil angeblich die Gebäudegrundstücke im Preise gestiegen seien. Hier haben wir eine künstliche Steigerung der städtischen Gebäudegrundstücke. Nun sagt man, die Grundrente ist höher geworden, her damit, die muß weggesteuert werden. Ein anderes, der Herr Vorsitzende hob die Verdienste des Stadtdirektors Koch-Bremerhaven als Bodenreformer hervor. Gewiß, der Herr hat es verstanden, die Einführung der Grundrentensteuer durchzusetzen, aber nicht auf Kosten der Bremerhavener Grundstücksbesitzer, sondern der Leher Eigentümer. Bekanntlich ist die besondere Grundrentensteuer nicht in ganz Bremerhaven eingeführt, sondern nur auf dem Terrain, welches früher zu Lehe gehörte, und erst durch den Staatsvertrag zwischen Bremen und Preußen von 1904 an Bremerhaven gekommen ist.

Um den Lehern nun den Besitz zu vereiteln, hat man auf das Terrain eine Grundrentensteuer gelegt, die einer Konfiskation des Vermögens gleichkommt; sie ist aber nur deshalb eingeführt, um die Leher Besitzer zu zwingen, die Grundstücke verkaufen zu müssen. Finanzkräftige Besitzer werden das einige Jahre aushalten, aber andere müssen verkaufen. Wenn eine solche Erdbrodelungssteuer eingeführt wird, die das Ideal der Bodenreformer ist, dann danken wir sehr, solche Lehren mitzumachen. Wenn wir auch Verschiedenes unterschreiben, was der Herr Referent ausführt, und wir danach streben, Hilfe zu nehmen, wo wir sie finden, so müssen wir doch bekennen, daß die Bodenreformlehre nicht diejenige ist, die uns retten könne. Wollen wir gemeinschaftliche Wege gehen und nicht Mieter und Vermieter, Besitzer und Nichtbesitzer gegeneinander hehen, so lassen Sie uns zunächst die Kreditfrage lösen, billige Kapitalien als Hypotheken beschaffen, eine gerechte Steuerverteilung durchsetzen und vor allen Dingen nicht die Abgunst zeigen gegenüber den Besitzenden; denn Hand aufs Herz, würden Sie die Besitzenden sein, dann sähen Sie heute ganz gewiß nicht hier, um Grundrenten und Steuer nach dem gemeinen Wert einzuführen. Dann würden Sie ganz gewiß nicht für Steuern eintreten, die Sie selbst bezahlen sollten, und nicht an den Haaren Sachen anführen, um Grundrenten zu konstruieren. Gewiß geben wir zu, daß der Großgrundbesitz schärfer herangezogen werden könnte, und zwar zur Entlastung des städtischen Hausbesitzes, dann wäre aber zu wünschen, daß Sie die Grundbesitzer wären. Nach dieser Richtung stimmen wir Ihrer Lehre zu. „Nun ist,“ so fuhr Herr Bürgervorsteher Döschke fort, „von den verschiedenen Rednern über „Haberland und Genossen“ gesprochen. Gedankenlos will ich annehmen, weil außer mir vielleicht keiner im Saal ist, der Herrn Kommerzienrat Haberland kennt. Herr Haberland versucht sein eigenes Terrain nach seinem Vorteile zu verwerten, genau so, wie Sie es machen würden, wenn Sie Besitzer davon wären. Ein Mann,

der sehr viel Gutes tut und manchen Bedürftigen mit klingender Münze aus seiner Notlage befreit hat. Ein Mann, der den Kommerzienrat nicht mißbraucht, sondern sich stets bewußt ist, was er den nothleidenden, armen und bedrängten Mitmenschen schuldig ist und danach handelt. Ein Mann, der von den Bodenreformern maßlos angegriffen und zu Unrecht beschimpft wird. Berlin könnte sich wünschen, es hätte recht viele solche Haberalands. Nun noch ein kurzes Wort über die von Ihnen so gepriesene Steuer nach dem gemeinen Wert. Der Herr Referent führte an, daß der Preussische Städtetag sich für diese Steuer ausgesprochen habe, weil sich dieselbe in 34 Städten außerordentlich bewährt habe. Die Verhandlungen des Städtetages in Breslau sind uns ganz genau bekannt, und haben wir die Verhandlungen bis aufs kleinste verfolgt. Mit Verlaub aber, es ist etwas anderes, zufrieden zu sein mit etwas, was ich in Empfang nehme, oder was ich bezahlen soll. Was sich für die Kammereinkassen der Gemeinden außerordentlich bewährt, erregt sehr oft eine sehr große Unzufriedenheit bei denjenigen, die zur Auffüllung der Kammereinkassen beitragen müssen. In Städten wie Königsberg und Dresden, sollen die Steuerzahler gar nicht mit der Wertsteuer zufrieden sein, weil sie jetzt wegen Neuberechnungen und Neueinschätzungen der Gebäudegrundstücke viel mehr zahlen müssen als früher. Sie sehen, meine Herren, es gibt nichts Vollkommenes in dieser Welt. Nicht wir, ebenso auch Sie nicht, werden schwerlich etwas dazu beitragen können, um hier ein paradiesisches Leben führen zu können. Hauptsache ist, meine Herren, und darin lassen Sie uns zusammen arbeiten, daß gute Verhältnisse zwischen uns geschaffen werden, und wir alle von einander leben und mit einander arbeiten müssen an der Schaffung von Werten zur Erhaltung des Staatswesens und des Gemeinwohls.“

Zur Geschichte Schönebergs.

Festgabe zur Feier des 25jährigen Bestehens des Haus- und Grundbesitzervereins zu Berlin-Schöneberg.

Unter diesem Titel hat Syndikus Karl Krauß eine Festschrift veröffentlicht, die bezweckt, das gedeihliche Wirken eines tatkräftigen Haus- und Grundbesitzervereins im Interesse der gesamten Bürgerchaft eines unmittelbar vor den Toren der Reichshauptstadt liegenden Gemeinwesens in eingehender Weise zu würdigen. Nachdem der Verfasser zunächst einen kurzen Ueberblick über die Entwicklungsgeschichte des zuerst im Jahre 1264 erwähnten „Sconenberch“ gegeben hat, kommt er ausführlich auf den starken Einfluß zu sprechen, den das mächtig emporblühende Berlin nach dem glücklichen Kriege von 1870-71 auf die kommunalen und wirtschaftlichen Verhältnisse seiner Nachbargemeinden ausüben mußte. Denn Berlin bildete sich mehr und mehr zum Mittelpunkte des geschäftlichen Lebens heraus und zog gewaltige Menschenmassen an sich, für die natürlich Wohngelegenheiten und sonstige notwendige Einrichtungen (Straßen, Beleuchtung usw.) geschaffen werden mußten. Wollte aber auch Schöneberg, sofern es von Berlin politisch unabhängig blieb, Anteil an diesem wirtschaftlichen Aufschwunge haben, so bedurfte es großer Anstrengungen, um die noch in den siebziger Jahren recht traurigen Verhältnisse auf dem Gebiete des Verkehrs-, Wohnungs- usw. neuzeitlich zu gestalten und Schöneberg im Wettbewerb mit den aufstrebenden Nachbarorten konkurrenzfähig zu erhalten. Da jedoch die Kommunalverwaltung allein nicht die genügende Gewähr für eine erfolgreiche Durchführung dieser großen wirtschaftlichen Aufgaben bot und andererseits die Gefahr einer ungenügenden Berücksichtigung der berechtigten Interessen der Gemeindeangehörigen bestand, ergab sich für die an der Entwicklung Schönebergs am meisten interessierten Grundbesitzer die Notwendigkeit eines engen Zusammenschlusses, der im Jahre 1889 unter dem Namen „Haus- und Grundbesitzerverein“ auf Anregung seines späteren Vorsitzenden Gustav Müller erfolgte. Wenn Schöneberg sich zu der heutigen modernen Großstadt entwickelt hat, so ist dies nicht zuletzt ein Verdienst des Haus- und Grundbesitzervereins. Allen kommunalen und wirtschaftlichen Fragen wandte er sein Interesse zu und seine rastlosen Bemühungen waren in

den meisten Fällen auch mit Erfolg gekrönt. Dabei muß ihm besonders angerechnet werden, daß er nicht eine einseitige Interessenpolitik getrieben hat, sondern bei all seiner Tätigkeit in erster Linie das Gemeinwohl der Bürgerschaft im Auge gehabt hat. Daß aber andererseits der Haus- und Grundbesitz in Not geraten ist, kann nicht geleugnet werden. Die von den Bodenreformern beeinflusste Gesetzgebung, die Ueberproduktion von Wohnungen in Verbindung mit der außerordentlich schlechten Geschäftslage und Geldknappheit, die Teuerung, das Steigen der Arbeitslöhne usw. haben nach und nach auch den Schöneberger Haus- und Grundbesitz in eine Noilage gebracht, welche dringend der Abhilfe bedarf. Ganz mit Recht erblickt der Verfasser das wirksamste Mittel zu einer Besserung dieser Zustände in einem festen Zusammenhange aller Haus- und Grundbesitzer, um so ihren berechtigten Forderungen auch den genügenden Nachdruck zu verleihen.

Vermischtes.

Der diesjährige Verbandstag des Zentralverbandes der Haus- und Grundbesitzer-Vereine Deutschlands findet in der Zeit vom 5. bis 8. August in Köln a. Rh. statt. Den Verhandlungen geht am Dienstag, den 4. August vormittags eine Sitzung des engeren Vorstandes und am Dienstag nachmittag und Mittwoch, den 5. August, vormittags eine Sitzung des Gesamtvorstandes voraus. Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, beginnt der Zentralverbandstag mit einer geschlossenen Sitzung, in der die geschäftlichen Angelegenheiten (Jahresbericht, Kassenbericht, Wahlen usw.) behandelt werden. Daran schließt sich abends 8 Uhr der übliche Begrüßungsabend. Donnerstag, den 6., und Freitag, den 7. August, sind den eigentlichen Verhandlungen vorbehalten. Am Freitag Abend findet das Festessen statt, für Sonnabend den 8. ist eine Rheinfahrt in Aussicht genommen. Die Tagesordnung wird sachungsgemäß noch bekanntgegeben, vorläufig sind namentlich Referate über den Stand der Realkreditfrage und über die Entschädigungsfrage bei der Enteignung zu Sanierungszwecken usw. vorgesehen.

Zur Frage der Reichszuwachsteuer hat der Bund der Grundbesitzervereine von Neufölln die nachstehende Petition an den Reichstag gerichtet: „Nach Artikel 4 Nr. 2 der Verfassung für das Deutsche Reich unterliegen der Gesetzgebung des Reichs die für die Zwecke des Reichs zu verwendenden Steuern. Steht es danach fest, daß sich die Kompetenz der Reichsgesetzgebung auf die verschiedenen Steuerarten erstreckt, so geht andererseits aus der Vorschrift der Verfassung unzweideutig hervor, daß das Reich nur Steuern zur Verwendung für Reichszwecke einführen darf. Das ist aber bei dem Reichszuwachsteuergesetz von 14. Februar 1911 nicht der Fall. Denn die Einnahmen aus der Reichszuwachsteuer waren nicht für das Reich bestimmt, sondern zugleich für die Bundesstaaten und die Gemeinden. Eine derartige Verwendungsbestimmung geht aber über die Kompetenz, die durch die Reichsverfassung begrenzt ist, hinaus. Wenn auch die an die Bundesstaaten abfließenden 10 Prozent als Entschädigung für die Verwaltung und Erhebung der Steuern bestimmt sind, also an sich nichts an dem Charakter der einheitlichen Reichsabgabe änderten, so sind die den Gemeinden zufließenden 40 Prozent der Reichsabgabe als reine Gemeindeabgaben aufzufassen. Ist dies aber der Fall, so geht das Reichszuwachsteuergesetz vom 14. Februar 1911 über die Zuständigkeit des Reichs hinaus. Das Gesetz dürfte also von Anfang an rechtsungültig gewesen sein. Noch mehr tritt aber dieser Standpunkt seit dem Reichsgesetz vom 3. Juli 1913 in die Erscheinung. Nach diesem Gesetze wird der Anteil des Reichs an der Steuer überhaupt nicht mehr erhoben. Nach dem Wortlaut und dem Sinn des Gesetzes ist also die für Zwecke des Reichs eingeführte Zuwachsteuer aufgehoben; es handelt sich also jetzt nur noch um eine Steuer für die Gemeinden und Bundesstaaten. Eine solche Steuer widerspricht jedoch dem Sinn der Reichsverfassung. Das Reich hat nicht das Recht, Steuern für die Gemeinden oder Bundesstaaten einzuführen. Es darf deshalb weder in den Bundesstaaten noch in den Gemeinden jetzt noch Zuwachsteuer erhoben werden. Dies kann vielmehr nur auf Grund neuer Gesetze der verschiedenen Staaten geschehen. Denn alle früheren Gesetze sind gemäß § 72 des Reichs-

zuwachsteuergesetzes mit Wirkung vom 1. Januar 1911 aufgehoben. Es wird diese unsere Ansicht auch bestätigt durch den letzten Absatz des § 1 des Reichsgesetzes über die Änderungen im Finanzwesen vom 3. Juli 1913 (Reichsgesetzblatt S. 521), durch welches sowohl den Bundesstaaten das Recht eingeräumt wird, durch Landesgesetze, bezw. den Gemeinden in Gemäßheit des Landesrechts durch ortstatutarische Vorschriften, eine andere Regelung der Besteuerung des Wertzuwachs einzuführen. Darauf haben auch hingewiesen die Herren Preussischen Fachminister in einer Verfügung vom 14. Juli 1913 an die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten, in der sie die letztgenannten anweisen, vor endgültiger Regelung der einschlägigen Verhältnisse, insbesondere des Verhältnisses zwischen Staat, Gemeinde und Kreis keiner Steuerordnung, welche auf Grund der vorerwähnten reichsgesetzlichen Vorschrift erlassen werden sollte, die Genehmigung oder Zustimmung zu erteilen. Diese Verfügung ist abgedruckt im Centralblatt für die preussische innere Verwaltung 74. Jahrgang Nr. 8 vom 30. August 1913 sowie auch veröffentlicht in den amtlichen Mitteilungen über die Zuwachsteuer, 3. Jahrgang Nr. 9 vom 27. September 1913, herausgegeben vom Reichsfinanzamt. Wir bitten deshalb, hochgeneigtest ein Gesetz dahin zu erlassen, durch welches das Reichszuwachsteuergesetz vom 14. Februar 1911 sowie die dieses Gesetz betreffenden Vorschriften des Reichsfinanzgesetzes vom 3. Juli 1913, und zwar das erstgenannte Gesetz möglichst mit rückwirkender Kraft aufgehoben werden.“

Zur Lage des Grundstücksmarktes veröffentlicht die „Dresdener Bürgerzeitung“ folgende „Stimmen aus dem Leserkreise“, die wir auf Wunsch des Verfassers an dieser Stelle veröffentlichen, ohne zu dem Inhalt Stellung zu nehmen. „Der Grundstücksmarkt ist augenblicklich lustlos. Der größte Teil der Hausbesitzer möchte am liebsten seinen Grundbesitz — selbst zu ungünstigen Preisen — abstoßen. Die gesunde Spekulation fehlt. Außer Umbauten von Geschäftshäusern — jedoch ebenfalls beschränkt auf den inneren Stadtkern das eigentliche Geschäftszentrum — werden Bauten nur von sogenannten Baupespekulanten ausgeführt. Unter diesem ungesunden Zustande haben nicht nur die Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Baufaches zu leiden, sondern auch die große Masse als Mieter. Den Zeiten einer übermäßigen Bebauung ist eine zu große Einschränkung gefolgt. Die Ausföhrung von Neubauten ausschließlich mehr oder minder gemeinnützigen Baugenossenschaften zu überlassen, ist nicht im Interesse des Mittelstandes und führt nicht zu einer Gesundung des Baumarcktes. Die Erhöhung des Stempels und der Gebühren, sowie vor allem die Wertzuwachsteuern seitens der Staaten und Gemeinden haben den für eine gesunde Spekulation nötigen Wechsel, die Verkäufe von Grundstücken, gewaltig eingeschränkt, beziehungsweise vermindert. Aber der eigentliche Grund der Unlust, Grundbesitz zu erwerben und schon lange Zeit in Besitz befindlichen zu behalten, ist die schwere Geldbeschaffung für Hypotheken. Die allgemeine Teuerung hat eine weitere Entwertung des Geldes und infolgedessen höhere Zinssätze des Kapitals herbeigeföhrt. Mit einer höheren Verzinsung der Hypotheken an erster Stelle von 4½ bis 4¾ Prozent, für solche an zweiter Stelle bis zur Wertgrenze von 60 Prozent von 4¾ bis 4¾ Prozent und bis zur Wertgrenze von 75 Prozent von 5 bis 5½ Prozent würden sich die Grundbesitzer abfinden, wenn sie nicht in steter Angst um das Kapital selbst lebten. Hier müssen für eine dauernde Gesundung des Grundstücksmarktes unbedingt die Stadtverwaltungen eingreifen. Es muß möglich sein, daß die Gemeinde einen, je nach ihrer Größe bemessenen höheren Betrag auswirft, um mit Hilfe dieses Fonds und der diesem zufließenden jährlichen Abgaben für jede Hypothek bis zur Wertgrenze von 75 Prozent Bürgerschaft zu leisten. Angenommen, die Stadt Dresden bewilligte für diesen Fonds 500 000 M. Jeder Besitzer von Hypotheken auf Grundstücken innerhalb Dresdens kann Bürgerschaft der Stadt Dresden aus diesem Fonds erhalten gegen eine jährliche Abgabe von ¼ Prozent bis zu einer Wertgrenze von 50 Prozent, ½ Prozent bis zu einer Wertgrenze von 60 Prozent, ¾ Prozent bis zu einer Wertgrenze von 75 Prozent auf Grund einer Lage aufgenommen nach den Bedingungen der Grund- und Hypothekenbank der Stadt Dresden. Die jährliche Abgabe, welche vom Grundstücks- oder Hypothekenbesitzer zu leisten ist, fließt dem Bürgerschaftsfonds zu und dient zur Erweiterung desselben. Nur bis zur Höhe des Fonds leistet die Stadt Dresden Bürgerschaft. Es wird durch diese Art der Bürgerschaft erreicht, und dies ist die Hauptsache zur Gefunderhaltung oder vielmehr zur Gesundung des Grundstücksmarktes, daß die Gelder der kleineren Kapitalisten zur Beschaffung von Hypotheken herangezogen, bezw. das hierin investierte Kapital zu erhalten versucht wird. Wahrscheinlich werden bei Errichtung eines Bürgerschaftsfonds sowohl Hypothekengläubiger, als auch Hypothekenbesitzer gern von dieser Einrichtung Gebrauch machen und die vorgeschlagene jährliche Abgabe zahlen, so daß durch Ansammlung dieser der Fonds in kurzer Zeit eine ansehnliche Höhe erreicht, und für ein entsprechend hohes Kapital von Hypothekensforderungen gebürgt werden kann.“

Gegen die Arbeitslosenversicherung wendet sich der Jahresbericht der Handelskammer Sorau. Es heißt dort u. a.: „Bei dem Umschlagreifen des Staatssozialismus, wie wir es heute beobachten, kann es nicht ausfallen, daß schon bei einer vorübergehenden, allerdings ernststen Konjunkturerwartung, wie sie im Herbst 1913 einsetzte, die

Sozialdemokratie und ihre theoretische Gefolgschaft mit größtem Nachdruck die Arbeitslosenversicherung forderten. Überall wurde die vorhandene Arbeitslosigkeit durch Gewerkschaftsstatistiken aufgebauscht, die bekanntlich auch jeden Arbeitsscheuen zählen. Dann wurde an die Stadtverwaltung der Antrag auf Einführung der Arbeitslosenversicherung gestellt und als sofortige Hilfe die Anweisung einer Summe für die „Organisation“ gefordert, d. h. also klipp und klar: Stärkung der Sozialdemokratie aus öffentlichen Mitteln unter dem Anhängeschild der Arbeitslosenversicherung. Manche Kommunalverwaltungen haben in Anerkennung ihrer vorhandenen Arbeitslosigkeit Naturalunterstützungen und Notstandsarbeiten beschlossen, aber auf die geforderte Arbeitslosenversicherung ist fast keine Kommune eingegangen, denn es würde, abgesehen von allen anderen schweren Mängeln der Sache, dadurch weiter nichts erreicht werden, als eine weitere Verschlimmerung des bestehenden Zustroms der Arbeiter vom Lande und aus den kleinen Städten in die Industrie- und Verkehrszentren. Dieses unausbleibliche Resultat würde wiederum einzig und allein der Sozialdemokratie nützen. Jedes Entgegenkommen, das der Arbeiterschaft gilt, nützt in erster Linie die Sozialdemokratie als politische Partei für sich aus, so lange nicht durchweg eine scharfe Scheidelinie zwischen Arbeitern und Sozialdemokratie gezogen wird. Möge endlich die Politik der Sozialdemokratie erkannt und vom Gesetzgeber bekämpft werden. Erst dann werden wir zu einer gesunden Sozialpolitik gelangen, an der auch die Arbeitgeber Freude haben können.“

Aus Verbänden und Vereinen.

Grundbesitzerverein Südwest- und Süd-Berlin. Der Jahresbericht für das 27. Geschäftsjahr 1912 bis 1913 dieses an Mitgliederzahl (1630) eines der größten Grundbesitzervereine Groß-Berlins beklagt einleitend die noch immer andauernde ungünstige Wirtschaftslage, unter der ganz besonders auch der Grundbesitz zu leiden hat. Weder in Bezug auf die Vermietbarkeit der Häuser noch auf die Beschaffenheit des Realkredits ist die gewünschte Besserung eingetreten, vielmehr beweist die noch gegen die früheren Jahre erhöhte Anzahl von Subhastationen eine Verschärfung der schon vorhandenen Malignität. Angesichts dieser den Haus- und Grundbesitz äußerst nachteilig beeinflussenden Zustände ist eine vom Geiste der Selbsthilfe getragene unermüdete Schaffensfreude dringend geboten, und daher ist es mit Freude zu begrüßen, daß auch der Grundbesitzerverein Südwest und Süd im verflochtenen Geschäftsjahr unter der Leitung seines rührigen Vorsitzenden, Herrn Architekt Bissing, intensiv an der Hebung der wirtschaftlichen Lage des Haus- und Grundbesitzes gearbeitet hat. Es würde zu weit führen, im einzelnen auf die Tätigkeit des Grundbesitzervereins näher einzugehen; es genügt hier darauf hinzuweisen, daß der Verein in richtiger Erkenntnis der Sachlage, besonders auch der Hebung des Realkredits sein Interesse zugewandt hat, indem er der vom Bunde der Berliner Grundbesitzervereine ins Leben gerufenen Hypothekengenossenschaft einen größeren Geldbetrag zur Unterstützung für ihre Entwicklung überwies. Ganz mit Recht befürwortet der Bericht aber auch einen engen Anschluß des Vereins an die genannte Hypothekengenossenschaft durch Uebernahme von Anteilsscheinen als geeignetes Mittel zur Gesundung des Hypothekemarktes und zum Segen für die Berliner Hausbesitzer. Zur Belehrung und Unterhaltung der Vereinsmitglieder in den Monatsversammlungen sind auch im vergangenen Geschäftsjahr von sachkundigen Rednern Vorträge gehalten worden, so u. a. über die steuerliche Ueberlastung des Grundbesitzes, über Bodenpolitik und Bodenreform, über das preussische Wohnungsgesetz und das Berliner Wohnungsgesetz. Bezüglich der Finanzen sei schließlich noch erwähnt, daß sie sich in gesunden Bahnen weiterentwickelt haben; der Etat balanzierte in Einnahmen und Ausgaben mit 17 964,36 M.

Vab Kreuznach. Der Verein der Haus- und Grundbesitzer E. V. hielt seine Hauptversammlung im Restaurant Stumpf, Mühlenstr., ab, die gut besucht war. Der Vorstand setzt sich für das kommende Jahr zusammen aus Sanitätsrat Dr. Eichholz 1., Nikolay 2. Vorsitzender, Rheinstädter 1. und Mohr 2. Schriftführer, Pfeiffer Kassierer, Beck Geschäftsführer, den Beisitzern Blum, Holzhauser, Müller, Ruppert, Stumpf und Wilh. Wegger. Die Mitgliederzahl betrug Ende 1913 317. Neuanmeldungen fanden 1913 25 statt. 206 Wohnungen wurden bei der Geschäftsstelle angemeldet, die Nachfrage nach denselben war eine sehr große. Es wurde der Beschluß gefaßt, an die Stadtverwaltung eine Eingabe zu richten, die Wertzuwachssteuer fallen zu lassen, ferner wurde die Veranstaltung einer Ausstellung über das gesamte Wohnungswesen in Erwägung gezogen.

Cottbus. Einer Einladung des Cottbusser Haus- und Grundbesitzervereins folgend, sprach Graf Dr. S. Broddorf am 6. Februar d. J. in Cottbus über Zwecke und Ziele des Schutzverbandes für deutschen Grundbesitz. Die Veranstaltung war sehr zahlreich, insbesondere auch von auswärtigen Gästen besucht. Einstimmig wurde

eine Resolution angenommen, in der es u. a. heißt: Die Niederläufiger Haus- und Grundbesitzer (Cottbus, Guben, Lübben, Spremberg, Senftenberg, Finsterwalde) sprachen Herrn Justizrat Dr. Baumert, als dem Vorsitzenden des Zentralverbandes der Haus- und Grundbesitzervereine Deutschlands, ihr volles Einverständnis zu dem Zusammengehen des Zentralverbandes mit dem Schutzverband für Deutschen Grundbesitz aus. Sie erblicken mit ihm in einem machtvollen Zusammenschluß die wichtigste Vorbedingung zur Herbeiführung einer besseren Lage des deutschen Haus- und Grundbesitzes.

Niel. In der am 4. Februar abgehaltenen Mitgliederversammlung wurden vom Vorsitzenden Rentner Meißner die Eingaben an den Magistrat über Vollkanalisation, Verlegung von Zahlungsterminen und Ermäßigung des Preises für Hilfeleistung bei Beseitigung von Grundwasser nach dem Hochwasser, sowie die Antwortschreiben auf die beiden erstgenannten Eingaben bekanntgegeben. Punkt 2 der Tagesordnung, Abschluß des Gastpflichtvertrages mit der Versicherungsanstalt deutscher Haus- und Grundbesitzer, wurde genehmigt. Sodann wurde der Anschluß an den Zentralverband beschlossen. Zur Frage der Beschaffung zweiter Hypotheken wurde mitgeteilt, daß unter Leitung der Garantie-Hypotheken-Vermittlungsgenossenschaft mit Delegierten der einzelnen Vereine Beratungen stattgefunden haben, die hoffentlich die Lösung dieser schwierigen Frage näherbringen werden. Nachdem sodann von mehreren Mitgliedern die Verhältnisse auf dem Geldmarkt beleuchtet worden waren, wurde bei der Besprechung des Punktes 5 der Tagesordnung, Ausbringung der Kosten für die Vollkanalisation, hinsichtlich der Vausausführung angeregt, gegebenenfalls der Stadt vorzuschlagen, den Ankauf des Rohmaterials ins Auge zu fassen, um auch den Kleingewerbetreibenden konkurrenzfähig zu machen. Den Rechnungsbericht erstattete der Vorsitzende. Danach beließen sich die Einnahmen seit Bestehen des Vereins auf etwa 1600 M., die Ausgaben auf annähernd 1800 M. Nach Erledigung der Vorstandswahl, bei der die Wiederwahl des Rentners Meißner zum 1. Vorsitzenden erfolgte, fand zum Schluß eine Aussprache über Annahme von Sachverständigen und andere Angelegenheiten statt.

Oberschöneweide. Am 8. Januar hatte der Generalsekretär des Preussischen Landesverbandes, Assessor T o d t, Gelegenheit, in dem Hausbesitzerverein Oberschöneweide zu sprechen. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Herrn Postinspektors Siebert über Organisationsfragen. Die im übrigen durchaus sachlichen Ausführungen des Referenten über die Tätigkeit und Bestrebungen des Bundes Groß-Berlin gaben dem Generalsekretär Veranlassung, in der Debatte darauf hinzuweisen, daß die großen Verbände, der Preussische Landesverband und der Brandenburgische Provinzialverband bereits seit langem in den Fragen, deren Lösung der Bund Groß-Berlin sich zur Aufgabe gemacht habe, mit Erfolg tätig seien und schon größere Erfolge erzielt hätten. Die Verbände würden, wie es ein Blick in ihre Tätigkeit in den letzten Jahren zeige, den Anforderungen vollkommen gerecht und die Zugehörigkeit zu ihnen verbürge dem einzelnen Verein durchaus eine Wahrung seiner Interessen.

Thorn. Eine öffentliche Hausbesitzerversammlung hatte der Thornser Haus- und Grundbesitzerverein zum 16. Januar einberufen. Nach Begrüßung der Erschienenen durch den Vereinsvorsitzenden, Herrn Kaufmann Abel, hielt der Syndikus des Schutzverbandes für deutschen Grundbesitz, Herr Dr. Göndandt-Berlin, einen Vortrag über: „Theorie und Praxis der Steuer vom gemeinen Wert“. Auf Antrag des Redners gab die Versammlung einstimmig ihre Zustimmung zur Abendung einer Resolution an den hiesigen Magistrat, die folgenden Wortlaut hat: „Der Haus- und Grundbesitzerverein zu Thorn hat in seiner öffentlichen Versammlung am 16. Januar 1914 im Artushof folgenden Beschluß einstimmig gefaßt: Der Haus- und Grundbesitzerverein Thorn spricht sich gegen die geplante Einführung der Grundwertsteuer in Thorn aus, solange das Kommunalabgabengesetz nicht eine für den Haus- und Grundbesitz annehmbare Fassung erhält. Der Verein erlaubt sich, die städtischen Körperschaften von diesem Beschluß unter Ueberreichung einer Denkschrift des Schutzverbandes für deutschen Grundbesitz zum Kommunalabgabengesetz in Kenntnis zu setzen.“ Der zweite Gegenstand der Tagesordnung betraf einen Vortrag über „Die eigene Versicherungsanstalt der Hausbesitzer“, den Verbandssekretär Bessert-Spandau hielt. Er wies zunächst auf den Nutzen hin, den eine eigene Gastpflichtversicherungsanstalt gegenüber Privaterversicherungsanstalten bietet. Dort fließen die Kapitalien in private Taschen, hier können sie für den eigenen Stand wieder nutzbringend angelegt werden. Die eigene Versicherungsanstalt gewähre einen in jeder Weise vollkommenen und umfassenden Versicherungsschutz. Sie tritt für jeden Schadenerschaftanspruch ein, für den ein Hausbesitzer in dieser seiner Eigenschaft von einem Dritten überhaupt in Anspruch genommen werden kann. Die Versicherung umfaßt ferner in allen Fällen Personen- und Sachschäden zusammen. Die Höchstleistung für Personenschäden ist unbegrenzt. Alle Entschädigungen werden vom ersten Pfennig an bis zur vollen Höhe des festgestellten Anspruchs ohne jede Selbstbeteiligung des Versicherungsnehmers gezahlt.

**Wiesbadener
Möbelheim**



Möbeltransport



**Grosses Lagerhaus
für Hausrat aller Art,
Gepäck usw.**

**Wiesbadener
Möbelheim**



Verpackungen

Man verlange illustrierten Prospekt und Tarif.

A. Letschert, Wiesbaden

Faulbrunnenstraße 10.

Billigste Bezugsquelle in Leder-Waren.

Spezialität:

Handtaschen, Handkoffer, Portemonnaies,
Schulranzen, Rucksäcke usw.

**Dachdeckerei-Geschäft
:: Franz Schäfer**

Westendstraße 38

empfeht sich zur gewissenhaften Ausführung von **Dacharbeiten.**

Mäßige Preise

:::

Aufmerksame Bedienung.

(305)

„Friede“



„Pietät“

Telegr.-Adr. „Friede“

Telegr.-Adr. „Pietät“

Gegr. 1865.

Inhaber Adolf Limbarth.

Gegr. 1865.

Ellenbogengasse 8. Fernspr. 265 — Mauergasse 15.

Aeltestes Geschäft am Platze.

Größtes Lager Mitteldeutschlands in Holz- u. Metall-
Särgen. Leichentransporte nach allen Weltgegenden.

Eigene Leichenwagen und elegante Kranzwagen.

Lieferant des Vereins für Feuerbestattung.

Lieferant des Beamtenvereins.

Adolph Koerwer Nachf. Langgasse 9
Inh.: Berthold Köhr — **Langgasse 9**
Spezialhaus für garnierte Damen- und Kinder-Hüte.

Meine Spezialität: Modell-Copien von Mk. 8.— bis Mk. 30.—

Für Hüte, die man selbst garnieren kann
Formen - Blumen - Federn - Bänder usw.

Anleitung zum Garnieren bereitwilligst.



Reinhard Steib

Moritzstrasse 9. — Fernsprecher 1068.

Baubeschläge
aller Art.

Dauerbrand-Oefen
Herde.

Türschliesser aller Systeme.



Tapeten-Haus

Carl Grünig

Hoflieferant S. Maj. des Kaisers und Königs
Friedrichstr. 45 Fernsprecher 244

**Größtes und feinstes
Spezial-Geschäft.**

Linoleum, Linkrusta, Stoffe,
Läufer etc. etc.



dazu gehörigen Bademantel, dann die durch Orden und Ehren ausgezeichnete Familie und die blödsinnige Verehrung ihres Mannes seitens der Traude Bleibtren, weil er der Vorgänger eines Prinzen war. Alle diese Momente, mit Geschick aneinander gereiht, verfehlen bei einem lebenswürdigen Theater-Publikum niemals ihre Wirkung. Es ist also all denen, welche sich der Bühnenliteratur widmen wollen, zu empfehlen, sich ungeniert aus einer geistigen Vorratskammer den Stoff zu holen und der Erfolg wenn das Elternpaar von Ernst Bertram und Sophie Schenk, und die beiden Schwiegerkinder von Lorie Böhmer und Käthe Horsten mit Friedrich Beng und Rudolf Bartak so wirkungsvoll durchgeführt werden. Frida Salbern, die hineingeschnittene Merztin, hatte wohl an dem Bombenerfolg des 2. Aktes den Löwenanteil. Willi Schäfer, als Freiherr von Gruft, war wie immer in der kleinen Rolle Meister. Willi Ziegler und Stella Richter waren ein Mohnenpärchen, das sich gewaschen hat! Nicht ganz neu waren auch die Versicherungsagentfiguren. Dem Schwank im ganzen kann trotz allen Schwächen ein günstiges Prognostikon gestellt werden. Regie und Inszenierung waren wie immer tadellos.

Die berühmten Tänzerinnen, Geschwister Wiesenthal, haben auch diesesmal wieder mit ihren prächtigen Tänzen und insbesondere mit der Polka und dem Walzer einen Niesenapplaus geerntet und mußten zweimal Tacapo tanzen. Sie werden stets willkommen sein. S. H.

Kur-Theater (Walhalla).

„Höhenrausch“. Schwank in drei Akten von Walter Hollin und Philipp Dorner. Regie Herr Bronsky.

Wenn zwei Landsleute, Mitbewohner unserer Weltkurstadt, mit einem Schwank als Erstaufführung vor uns hintreten, so wäre es für uns eine große Freude, ihnen eine Lobeshymne singen zu können. Schmerzlich ist es dagegen, wenn man, wie es bei dem „Höhenrausch“ der Fall ist, dies bedauerlicherweise nicht tun kann. Die beiden Autoren haben sich redlich bemüht, und eine unzählige Menge Worte in dem Höhenrausch verschwendet. Szene auf Szene folgte, so daß man eigentlich gar nicht recht zur Besinnung kam, um was es sich eigentlich drehte; denn der Flieger Sport ist auf dem Gebiete des Schwank- und Lustspiels schon sehr antiquiert, und wirkt selbst in bedeutend wirkungsvollerer Bearbeitung nicht mehr so, wie im Beginn des Entstehens. An Wort und Schrift haben die beiden Männer tatsächlich nicht gespart; denn, wenn man von 8-11½ Uhr vier Akte lang immer nur vom Himmelbett, vom Schreibtisch, vom toteschossenen Hund und von einem nicht wohlriechenden Odeur reden hört, dann ist das tatsächlich des Guten zu viel. Man kann den Herrn Autoren nur empfehlen, um den Schwank einigermaßen erträglich zu machen, den Blaustift in scharfer Weise anzuwenden. Viele Szenen können entbehrt werden, die mit der Hauptsache gar nichts gemein haben, das alte probate Mittel, weniger wäre mehr, ist hier sehr angebracht. Ob es dadurch gelingen wird die Lustschiffe, die man nur im Geiste zu sehen kriegt, über Wasser zu halten, bleibt dabei doch noch eine offene Frage. Aber sie wäre ja schon eines Versuches wert. Die Künstler haben dafür, daß es kein ständiges Ensemble ist, sich redlich Mühe gegeben. Die Einzelleistungen der Künstlercharaktere unter die Lupe zu nehmen würde zu weit führen; jedoch muß dem Regisseur die Anerkennung gezollt werden, daß er bei diesem Potpourri seine Schuldigkeit getan hat. S. H.

Wochenspiellpläne.

Königl. Theater. (Spielplan vom 1.—9. März.) Sonntag, nachm., bei aufgehob. Ab. (Volkspreise!) „Parfüf-Rezitation“ des Herren Kammerjägers Forchhammer unter Mitwirkung der Kgl. Kapelle. Abends, Ab. B: „Die Zauberflöte“. Montag, Ab. C: „Die Fledermaus“. Dienstag, Ab. D: „Gnug und sein Ring“. Mittwoch, bei aufgehob. Ab. (Volkspreise!) „Hänsel und Gretel“. Donnerstag, bei aufgehob. Ab.: „Polenblut“. Freitag, Ab. A: „Der verwandelte Komödiant“. Hierauf: „Der Diener zweier Herren“. Samstag, Ab. C: „Tiefeland“. Sonntag, bei aufgehob. Ab.: „Parfüf“. Montag: Fünftes Symphoniekonzert. Dienstag, bei aufgehob. Ab.: „Parfüf“. Sonntag, bei aufgehob. Ab. „Parfüf“.

Residenz-Theater. (Spielplan vom 1.—6. März.) Sonntag, nachm.: „Monna Vanna“. Abends: „Der ungetreue Eckhart“. Montag: „Marns großer Herz“. (Erstes Gastspiel Agnes Sorma). Dienstag: „Der ungetreue Eckhart“. Mittwoch: „Eva“. (Zweites Gastspiel Agnes Sorma). Donnerstag: „Die spanische Fliege“. Freitag: „Mandragola“.

Thalia-Theater

Vornehmstes und grösstes
Lichtspielhaus
Wiesbadens

Kirchgasse 72 Tel. 6137

Dienstag und folgende Tage:
nachmittags von 4—11 Uhr

Jack Hiltons

Fahrten u. Abenteuer

Der Reinertrag dieses Films ist für die Hauptdarstellerin, die italienische Schauspielerin Adriana Castamagna bestimmt, welche während der Aufnahme dieses Films von ihrem Leoparden zerfleischt wurde.

Wohnungsgesuche.

Die Adressen von nachstehenden Wohnungsgesuchen werden unseren Mitgliedern in der Geschäftsstelle angegeben. Noch nicht angemeldete freie oder gekündigte Wohnungen wolle man sofort anmelden.

- | | |
|-----------------------------------------------------------------------|-----|
| 3-4 Z.-W., in mittl. Preislage, auf April. | 522 |
| 2 große Räume zum Unterstellen der Möbel einer 6 Z.-W., auf 15. März. | 523 |
| 3-4 Z.-W., auf April. | 525 |
| 4 Z.-W., part., oder mit Lift, auf April. | 527 |
| 4 Z.-W., mit elektr. Licht, etwa 900 M., a. April. | 529 |

*

Mietgesuche.

Schriftliche Angebote wolle man an die Geschäftsstelle einreichen.

- | | |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------|
| 2-3 Z.-W., mit Bad und Mädchenzimmer, möglichst in neuem Haus auf Ende Juni. | WI 7177 |
| 4 Z.-W., etwa 1200 M., in bess. mod. Haus, mit Heiz., nicht höher wie 2. Stock, auf Juli evtl. Oktober. | WI 7180 |
| 6 Z.-W., evtl. kl. Haus, auf Oktober. | VO 7181 |
| 5-6 Z.-W., Tannusstr., Wilhelmstr., Nikolastr., auf Juli. | WI 7182 |
| 4-6 Z.-W., auf Juli. | WI 7183 |
| 7-8 Z.-W., 1. Stock, Südseite in Kurviertel, auf Oktober, evtl. früher. | WI 7184 |
| 5-6 Z.-W., etwa 1500-2000 M., am liebsten Biebricher Straße und Umgegend, auf April oder Juli. | WA 7185 |
| 6 Z.-W., und 3-4 Z.-W., in einem Hause, mit Balkon und Bad, nahe Luisenplatz, auf Oktober. | WO 7186 |
| Räume zum Unterstellen einer 6 Z.-W. | W 7187 |
| Möbl. Wohn., von 3 Zimmern und Küche, auf 6 Wochen, ab Ende März. Schriftl. Angebote mit Preis unter M. W. 7188 | |
| Möbl. Wohn- und Schlafz., nur in erstkl. Logierhaus, auf etwa 3 Wochen. | MW 7190 |

2 Zimmer-Wohnung mit Atelier oder 3 Zimmer-hellem Raum, mögl. mit Zentralheizung und elektr. Licht, nahe der Gewerbeschule, auf April gesucht. Schriftl. Angebote mögl. mit Plan umgeh. n. A. 531 an die Direktion des Haus- u. Grundbesitzervereins.

In Villen- oder ländl. Baustil erb. **kleine Villa oder Wohnhaus** m. Vor- oder Hintergarten für kl. Familie im Stadtber. Wiesbaden z. L. gef. g. Bar. Angeb. m. Pr. wom. n. Zeichnung, w. bestimmt zurückersolgt unter B. W. an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Das beste Hausbier

in 5 und 10 Liter-Selbstschänker-Apparaten:

Pilsner Urquell
Münchener Löwenbräu
Kulmbacher Petzbräu
Kulmbacher Schankbräu
ff. Lagerbier, hell und dunkel

empfehlen **Grether's** Selbstschänker Bierversand.

Langgasse 7

Fernruf 6465

Gelben
Gartenkies
Grubensand, Rheinsand
und Rheinkies
kaufen Sie direkt und am billigsten
von der

Sandgrube Adolfshöhe
Inh. Jakob Beckel Wwe.
Telefon 208.

Wilhelm Deuser
Telephon Nr. 2009
Installationsgeschäft
für Gas u. Wasser etc.
Reparaturen
Bertramstrasse 8

**Achtung
Haus-
Besitzer!**

Wanzen
nebst Brut werden garantiert nur durch
unsere Ausräucherungen vertilgt.
Preis billigst.
Ohne grosse Umstände!
Wirkung verblüffend.
Ferner:
Sämtliche Desinfektion v.
Sterbe- u. Krankenzimm.

Lehmann's
Desinfektions-Institut.
Hellmundstrasse 27.
Fernsprecher 2282.

Rolladen-Reparaturen
aller Art führt **A. Birk**,
Schreinermeister, Zahnstr. 4
p., Telefon 4435 aus.

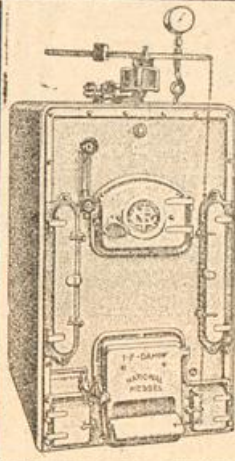
Schrichtkästen aus ver-
zinktem
Eisenblech, Schrichtbüchsen
mit Blechdeckel stets vorrätig
zu den billigsten Preisen
Wilhelm Blum, Schlosserei,
ständiges Lager erstklassiger
Türschlösser
Bleichstraße 40. Tel. 4240.

Alle Druck-Arbeiten
liefert die
Buchdruckerei **Herm. Rauch**,
Wiesbaden: Friedrichstraße 30

**DIE AMTLICHE STADT-
AUSGABESTELLE FÜR
EISENBAHN- U. SCHLAF-
WAGEN-BILLETS IST
KAISER-FRIEDRICH-PLATZ 2
HOTEL VIER JAHRESZEITEN
IM REISEBUREAU
L. RETTENMAYER**
AMTLICH. STADTBUREAU DER PREUSS.-
HESS. STAATSBAHNEN U. AGENTUR DER
INTERNAT. SCHLAFWAGEN-GESELLSCH.

Schuhwarenhaus „Deuser“
Bleichstraße 5, Ecke Helenenstrasse
Telephon 3780
Reelles Haus für elegante, solide
Schuhwaren. :: Billige Preise.

**ZENTRALHEIZUNGS-
ANLAGEN**
sowie REPARATUREN DERSELBEN
INSTALLATION
FÜR
GAS UND WASSER
HEINRICH HAUSEN
TEL. 3147. YORKSTR. 4.



Alle Hausbesitzer
sparen Geld, wenn Sie bei **Reparaturen** an
:: **Rolläden** erst die Preise bei mir einholen. ::
Garantie für gute Arbeit und billige Preise.
Josef Schott, Göbenstraße 7
— Telefon 4491. —

Ringfreie Tapeten
Lincrusta und Lincrusta-Imitation
zu den billigsten Preisen
Jean Friedrich Bismarckring 37
Ecke Hermannstr.
Telefon 1478.

**Fenster- und
Türenfabrik** **G. Ubrich**
Gartenfeldstraße 25 — Telephon 4243.
Spezialität: Anfertigung von Stumpff's Reform-Schiebefenster.

1 Partie Kachelöfen
zum Teil mit Rießner
und Hirzenhainer Ein-
satzöfen, transportabel
gesetzt, in v. r. s. d. e. n.
Farben u. Zeichnungen
äußerst billig zu ver-
kaufen.
Adam Schödel
Scharnhorststr. 16
Telefon 4265



Achtung!
Wer gute streichfertige
Ölfarben, Lackfarben,
Bernsteinlacke, Copal-
lacke, Möbellacke, Mat-
tierung, Polituren, sowie
Parkett-Wachs u. Stahl-
späne benötigt, kauft nur
21 Mauer gasse 21 bei
Georg Rörig
Farbwarengeschäft.
NB. Beste und billigste
Bezugsquelle sämt-
licher Farbwaren.

Wiener Damenschneider
Wenzel Leder, Nikolastraße 23.
Anfertigung nach Maß

Billige Tapeten!
Neueste Muster in großer Auswahl
Natural-Tapeten von 15 Pf. an
Blumen-Tapeten von 20 Pf. an
Gold-Tapeten von 25 Pf. an
In besseren Tapeten empfehle meine
3 Spezialkarten 1914
Victoria Luise
LiebFrauenterte
Kunst für Bürgerheim
Carl August Wagner
Rheinstr. 65, neben Rest. Wies.
Fernsprecher 3377.

Allgemeiner Deutscher
Versicherungs-Verein a. G.
Stuttgart.

**Haftpflicht-
Unfall-Lebens-
Versicherung**

Kapitalanlage 1913: 95 Mill. Mark.
Jahresprämie 1913: 34 Mill. Mark
900000 Versicherungen.
Empfehlungsvertrag für
Haftpflicht-Versicherung mit
dem Haus- u. Grundbesitzer
Verein E.V., Wiesbaden.

Ratten

lassen sich sicher beseitigen durch Ver-
wendung von frisch. Meerzwiebeln.

Erhältlich im Samenhaus
H. Mollath, nur Michaelsberg 14.

Bei Krampfadern

geschwollen. Beinen, verdickten
und schwachen Gelenken sind
meine aus allerbestem Ma-
terial hergestellten nahtlosen

Gummistripse

umentbehrlich. Sie sind porös,
leicht und sehr dauerhaft
und geben einen festen, an-
genehmen Halt.

P. A. Stoss Nachf.

Inh. Max Selffrich

Tannusstraße 2.

Telefon 227. Telefon 6527.

Carl Reichwein

Baumaterialien-Geschäft :: Telefon 357.

Wiesbaden, Hellmundstr. 1, Ecke Dotzheimerstr.

Spezial-Geschäft für Ausführung von
Bodenbelägen und Wandverkleidungen
von den einfachsten bis zu den reichsten Mustern.

Allein-Vertretung des Portaer Romazements
und Lithin für Fassadenputz und von Murjahn's Wetter-
farbe für Fassaden-Anstrich.

Lager in Dyckerhoff'schem und Heidelberg-Mannheimer
Portlandzement, Schwarz- u. Graukalk, Stuck- u. Bau-
gips, Zement- und Gipsdielen, Bimsstein-Staaken für
Zwischendecken, Isolierplatten und Dachpappen etc.

Kanal-Artikel.

Central heizung

Lüftungs- anlagen

neuesten
sparsamster
einfachste

Systems
Betrieb
Bedienung

Prima
Referenzen

Maschinenfabrik Wiesbaden G.m.H.

Installations-Geschäft

für elektr. Licht, Kraft- und Klingelanlagen
städt. konzessioniert

Wilhelm Behrens

Jahnstrasse 2.

Telephon 2540.

Superior

der wetterfeste billige Anstrich für
Fassaden, Treppenhäuser u. s. w.
Das Neueste für 1914.

Alleinvertretung für Wiesbaden
und Umgegend bei

H. Hassler Bertramstr.
19, T 1871
Tüncher- u. Lackierergeschäft

Renovierung ganzer Wohnungen
nach vorherigem Kostenantrag.

Kaltbläherei

A. Stritter

Spezialgeschäft f. Lacke u. Farben

Walramstraße 18

Fernsprecher 2429

Spezialität: Fußbodenlack

— feinst über Nacht —

— Lieferant erster Hotels. —

Stahlpläne, Wachs, Polituren

Bürstenwaren, Pinsel etc. etc.

Fabrikpreise. Sachmann. Bedienung

Papierabfälle

Akten, Briefe u. Bücher unter
Garantie des Einstampfens,
altes Eisen, Metalle, Lumpen,
Knochen, Gummi usw.

kaufe zu höchsten Preisen
und lasse im Hause abholen

Ph. Lied & Sohn

Adlerstraße 31, Tel. 2691

Kl. Schwalbacherstr. 4, Tel. 1883

Zu Mietabschlüssen benutze
man nur unsere Vereins-
mietverträge. Zu haben
in der Geschäftsstelle des
Haus- u. Grundbesitzer-
Vereins zu Wiesbaden.

Lieferanten- und Handwerker-Adressentafel

Unter dieser Rubrik kostet die Zeile für ein ganzes Jahr nur 1 Mark monatlich.

Boden- und Wandplatten.

Carl Reichwein, Dotzheimerstraße 19
Hellmundstraße 1. Telefon 357.

Installationen u. Spenglerarbeiten.

Georg Kühn, Kirchgasse 9.
Rudolf Mayer, Nerostr. 29. Tel. 2393.

Tüncher-, Lackier- u. Stuckateurgeschäft

Gramatzki & Ohlemacher, Westendstr. 32

Farben und Lacke.

A. Röhrig & Cie. Marktstr. 6 — Farben,
Lack- und Kitt-Fabrik.
Drogerie Rood, Mehrgasse 5 Tel. 2149.

Isolierung von Heizungen.

Wilhelm Kopp, Erbenheim,
Wiesbadenerstr. 21a

Papier- und Schreibwaren.

Karl Koch, Papier-Lager,
Telefon 6440.

Expeditoren u. Möbelaufbewahrung

Adrian, J. & G., Bahnhofstraße 6.
Expeditiionsgesellschaft, Adolfsstraße 1.